

Textabschnitte zur UB aus Thomas Klein: Frieden und Gerechtigkeit. Die Politisierung der unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre Köln/Weimar/Wien, 2007, ISBN 978-3-412-02506-9

.....

In Berlin gehörten die Mitglieder der Arbeitsgruppe Ökologie des Friedenskreises der ESG 1982 zu den ersten Aktivisten, welche die Missachtung des Verkehrsmittels Fahrrad thematisierten. Fahrraddemonstrationen gehörten Anfang der 80er Jahre in Berlin zu den verbreiteten Protestformen der entstehenden Ökologiekreise. Solche Fahrradcorcos wurden in der Regel von der Polizei unter Vorwänden aufgelöst und deren Teilnehmer zugeführt oder registriert.¹ Die AG Ökologie des FK der Berliner ESG nutzte auch die Bluesmesse in der Erlöserkirche, um mit ihrem Informationsstand die Öffentlichkeit über die ökologische Situation in der DDR zu informieren.² In einer der Aktionen der AG im September 1983 wurden Holzkreuze mit Protestlosungen an toten Berliner Straßenbäumen platziert, was nicht nur vom Magistrat der Kirche gegenüber in Anschlag gebracht, sondern auch von Propst Winter bei der Exmittierung des Friedenskreises aus der ESG als Argument ins Feld geführt wurde.³ Im gleichen Monat begann in der Pfarr- und Glaubensgemeinde Lichtenberg ein neuer Friedens- und Umweltkreis zu arbeiten. Dieser Kreis sammelte gezielt Informationen über ökologische, aber auch politische Missstände in der DDR. Das Sammeln von Umweltdaten, mehr noch ihre Veröffentlichung, waren allein deshalb gefährlich, weil offizielle Daten diesen Typs in der DDR Verschlussache waren. In Veranstaltungen und „innerkirchlichen“ Info-Blättern informierte der Kreis über das Waldsterben, die Risiken der Atomenergienutzung, aber auch über den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan. Dieser Friedens- und Ökologiekreis bekam ebenfalls wachsende Schwierigkeiten mit dem GKR sowie dem Gemeindepfarrer und begann, seine Verbindung mit der Zionskirchgemeinde zu intensivieren. Am 26. Mai trat der Kreis dort aus gegebenem Anlass (vgl. Abschnitt 4.5.1) mit einer Veranstaltung zu Problemen der Kernenergienutzung auf. Dieser Kreis ergriff nach seinem Umzug in die Zionskirchgemeinde 1986 auch die Initiative für die erste Umweltbibliothek (vgl. Abschnitt 4.5.2).⁴ Weitere Friedenskreise, so der FK Pankow und der Friedenskreis der Samaritergemeinde, bildeten gleichfalls Arbeitsgruppen, die sich systematisch mit Umweltproblemen befassten und öffentliche Informations- und Diskussionsangebote machten.⁵ Die Berliner Öko-Seminare wurden seit 1984 zu einer fortlaufenden Einrichtung. Der Ökologie-Kreis des zerschlagenen Friedenskreises der ESG arbeitete nach dessen Neugründung 1984 in Friedrichsfelde ebenfalls dort weiter. Er unterstützte am 30.1.1985 eine Klage gegen das Kraftwerk Reuter wegen dessen Schadstoffausstoß. Am 29./30.9.1985 richtete der Öko-Kreis des FKFF das 2. Berliner Ökologie-Seminar zum Thema „Leben in der Stadt“ mit ca. 200–250 Teilnehmern aus.⁶ Zur 750-Jahr-Feier in Berlin 1987 machte der Öko-Kreis die Wohnungspolitik, Verkehrsplanung, Energiepolitik, den Wasserschutz sowie die Rentengestaltung und soziale Probleme in der DDR zum Gegenstand eines Forderungskatalogs.⁷

.....

¹ In Anspielung auf die alljährliche 3-Länder-Radrennfahrt für den Frieden wurde im Mai 1983 eine „Friedensfahrt ohne Sieger“ durch das ökologisch verwüstete Berliner Umland (Rüdersdorf) erfolgreich durchgeführt. Die zweite Fahrt im Folgejahr wurde von der Polizei verhindert und die Teilnehmer mit Ordnungsstrafverfahren überzogen, Rüdtenklaus 1992, S. 47, 49f.

² Im „Selbstverständnis der AG Umweltschutz im Friedenskreis der ESG Berlin“ hieß es, weil folgenreiche Planungsentscheidungen über Städte, Parkanlagen, Spielplätze und die Beseitigung von Schadstoffen der Industrie und aus der Landwirtschaft am grünen Tisch gefällt würden, sei es an der Zeit, an die breite Öffentlichkeit heranzutreten. „Unser Ziel muss es sein, durch eigene und der Beteiligung an ... von staatlicher Seite organisierten Maßnahmen das Interesse an der eigenen Stadt und beim Einzelnen ... zu wecken.“ MDA, Reg. RSch 06.

³ Nach Einlassungen von Winter auf der außerordentlichen Sitzung des Friedenskreises der ESG am 26.9.1983 benachrichtigte der Referent für Kirchenfragen des Magistrats, Dr. Mußler, den Studentenfarrer Elmer am 19.9.1983 von dem Vorhaben der AG in der Absicht, dieses zu verhindern. Die Tatsache, dass Elmer von der Aktion nicht unterrichtet war, wurde zu einem der Argumente, mit denen die vorgesehene Entfernung des Friedenskreises aus der ESG gerechtfertigt wurde. Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Friedenskreises der ESG am 26.9.1983, Privatarchiv des Autors. Siehe auch Rüdtenklaus 1992, S. 48. Vgl. auch Abschnitt 3.1.2.3.

⁴ Rüdtenklaus 1992, S. 49f.

⁵ „Feindliche Kräfte in ökologischen Gruppen im kirchlichen Bereich sehen in der Öko-Problematik in erster Linie Konfrontationsmöglichkeit mit dem Staat und wollen von der Friedensfrage ablenken. Konzentration dieser negativen Kräfte auf eine eigenständige Jugendarbeit im Öko-Bereich mit demonstrativen Handlungen.“ Information über die Tätigkeit der Friedensausschüsse, der Evangelischen Studentengemeinden, Ökologiegruppen sowie weitere kirchliche Arbeitsformen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den evangelischen Landeskirchen. Vorlage vom 20.11.1984 für die Dienstbesprechung vom 27.11.1984, SAPMO BArch, DO 4/1282.

⁶ MDA, Reg.-Nr. 7.9.6.

⁷ MDA, OA, Reg.-Nr. 3825, 1357, 127, 734.

Die von 1985–1989 unregelmäßig herausgegebene Zeitung „mOAning Star“ der Offenen Arbeit Berlin begann sein Erscheinen im Dezember 1985 und veröffentlichte unter dem Signum nfiD fortlaufend die Manöver der KL zur Verhinderung einer Bereitstellung von Räumen für die OA. Berühmt in der Szene durch deren satirische Kommentierung und die genialen Comics von Dirk Moldt fanden sich hier aber auch Artikel beispielsweise zur Belieferung der Golfkriegsländer Iran und Irak mit Ludwigsfelder LKWs und über die rumänische Variante des realen Sozialismus (insbesondere zur repressiven nationalen Minderheitenpolitik der Ceaușescu-Clique). Anfangs im Ormig-Verfahren in höchstens 400er Auflage hergestellt, erreichte die Zeitung ab 1988 über das Wachsmatrizen-Verfahren im UB-Keller Auflagen bis zu 6 000 Exemplaren.⁸ Der DDR-weite Vertrieb erfolgte überwiegend mittels Transport durch „Gelegenheitskurier“ des Vertrauens (der Post war nicht zu trauen).

....

4.5 Aufschwung in der Umweltsarbeit in Berlin und dessen Folgewirkung

Die seit den 70er Jahren in den „Neuen sozialen Bewegungen“ expandierenden „neuen Themen“ Ökologie und Anti-AKW-Bewegung fanden während der 80er Jahre auch in den „Umweltsarbeitskreisen“ der evangelischen Gemeinden ihren Niederschlag. Die hier stattfindende Politisierung führte von Baumpflanzaktionen angesichts des in der DDR ebenso offensichtlichen wie beschwiegenen Waldsterbens hin zur Propagierung energiepolitischer Alternativen. Angefeuert durch die Katastrophe von Tschernobyl 1986 führte dies schließlich zu einer sich radikalisierenden Kritik der „organisierten Verantwortungslosigkeit“ sowohl des profitorientierten Wirtschaftens im marktwirtschaftlichen Systems des Westens als auch des verheerenden bürokratisch-dirigistischen Expansionismus im Osten. Ein weiterer Bestandteil moderner „postindustrieller“ Kritik industriegesellschaftlicher Folgeeffekte, die Kritik des „Konsumismus“, gehörte genauso wie in den Neuen sozialen Bewegungen im Westen zum Selbstverständnis der neuen Basisgruppen in der DDR. Während jedoch diese Zivilisationskritik im Westen dort bereits unter den Bedingungen einer sich entwickelnden postindustriellen Informationsgesellschaft stattfand, dominierten in der DDR Verhältnisse, in denen trotz sozialer Sicherheit und weitgehender Befriedigung von Grundbedürfnissen Knappheit an Gütern und Dienstleistungen und anwachsende Modernisierungslücken sowie Industrialisierungsnachhänge das Bild bestimmten. Insofern war der in den Basisgruppen vorherrschende ökologische, industrialisierungs- und konsumkritische Gestus in der DDR mehr noch als im Westen „avangardistisch“. Allerdings waren insbesondere die ökologischen Folgeschäden der Industrialisierungsprozesse mitunter noch gravierender spürbar, als im Westen. Die zivilisationskritische Prädisposition in den Basisgruppen wurde überdies durch den „Antimaterialismus“ ihrer Jugendkultur-geprägten jungen Akteure verstärkt. Diese Haltung schloss angesichts der im Westen zu besichtigenden „Zukunft“ postindustrieller Zustände eine Affinität der Basisgruppen zu dieser Art des Wirtschaftens aus. Faktisch war diese „doppelte Systemkritik“ kompatibel mit der schon in den 70er Jahren formulierten marxistisch orientierten Kritik Havemanns am Versagen des „Realsozialismus“ gegenüber der Aufgabe, eine eigenständige Alternative zur kapitalistischen Profit- und Konsumgesellschaft zu entwickeln.⁹ Für die wirtschaftspolitische Zielkonvergenz nach den Maßstäben westlich bestimmten „Weltniveau“ fehlte auch in den Basisgruppen jede Akzeptanz. Dieser „grenzüberschreitende ökologische Widerstand“ manifestierte sich nirgends so deutlich, wie in den gemeinsamen Aktionen west- und ostdeutscher Ökoaktivisten gegen die devisenträchtige Industrie- Haus- und Sonder/Giftmüllverbringung aus Westdeutschland und Westberlin auf unsichere DDR-Müllkippen. Geradezu symbolisch war auch die Problematisierung des grenzüberschreitenden Smog-Status in „Groß-Berlin“ durch die Ökologie-Initiativen in beiden Teilen der Stadt (vgl. Abschnitt 4.2.2).

Andererseits wurden die Herrschaftslogik und die reale Wirkungsmacht des sozialpolitischen Kurses unter Honecker kaum reflektiert. Insofern manifestierte sich der „Avantgardismus“ der Basisgruppen in einer erheblichen Distanz zu den Mehrheitsbedürfnissen und zur „sozialen Frage“. Die Politisierung der Basisgruppen, sich ausdrückend in der verstärkten Thematisierung ökologischer, energiepolitischer und wirtschaftspolitischer

⁸ „Nach dem Drucken ... begann das ‚Legen‘. Das konnte eine äußerst nervende Beschäftigung sein, wenn man sich gegenseitig behindernd, Waschfrauenfinger leckend, die Zunge trocken legte ... Aber ich erinnere mich auch, aus der Not eine Tugend machend, an regelrechte ‚Legepartys‘ bei denen wir wie Verrückte um einen großen Tisch wetzten und die Drehungen im Kopf mit Wein zurückzuschrauben versuchten.“ Wunder 1997, S. 205.

⁹ Robert Havemann, Morgen, Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie, Hamburg 1980. Ebenso findet sich diese Kritik in Bahros „Alternative“ aus dem Jahre 1977.

Fehlentwicklungen beider konkurrierender Systeme, überschritt daher bis 1986 nur in wenigen Fällen die Grenze hin zu den noch in den 70er Jahren typischen oppositionellen Diskursen über wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativansätze.

Die im kirchlichen Raum von jeher verankerten Dritte-Welt-Aktivitäten fanden jedoch in den entstehenden Basisgruppen der 80er Jahre einen neuartigen Widerhall: Vor dem Hintergrund der Entwicklungen insbesondere in Nicaragua und Südafrika sowie angesichts der sich dramatisch zuspitzenden „Schuldenkrise“ verlagerten sich die Schwerpunkte von den solidarischen Welthunger- und Entwicklungshilfe-Kampagnen hin zu Forderungen nach einer „gerechten Weltwirtschaftsordnung“ und Solidaritätsbekundungen mit den bewaffneten Befreiungsbewegungen. Die sich hier entfaltenden Standpunkte und Aktionen waren nicht in allen Fällen dem herrschenden Diskurs entgegengesetzt¹⁰, aber als Ausdruck des hier verwirklichten Anspruchs auf selbstbestimmte unabhängige Positionierung eine Herausforderung des allgemein- und friedenspolitischen „Alleinvertretungsanspruchs“ der SED.

Diese Herausforderung wurde zur Konfrontation, als in der zweiten Hälfte der 80er Jahre der Selbstverwirklichungsanspruch zum gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch, die Behauptung der Selbstorganisation in eigenen Strukturen zur Vernetzung dieser Strukturen und zum Ausbau von Gegenöffentlichkeit, der Kampf um Bürger- und Menschenrechte zur Einforderung einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft wurde.

4.5.1 Der Reaktor-GAU von Tschernobyl und die Konsequenzen für die DDR-Friedens- und Umweltbewegung

.....
Zunächst reagierte der Friedens- und Umweltkreis der Pfarr- und Glaubensgemeinde Lichtenberg am 1.5.1986 mit einer Eingabe, in der eine Misstrauenserklärung gegenüber den Sicherheitsbeteuerungen der Anlagenbetreiberexperten in West und Ost mit der Forderung einer generellen Abschaltung aller Kernkraftwerke verbunden wurde. Stattdessen solle auf die Entwicklung dezentraler alternativer Energieerzeugungstechniken gesetzt werden. „Die Alternative zur Schwefelvergiftung von Mensch und Umwelt darf nicht der Strahlentod sein!“¹¹

.....
Die Initiatoren des Appells „Tschernobyl wirkt überall“ aus den Friedenskreis Friedrichsfelde bestritten wesentlich das 3. Berliner Ökologieseminar vom 28. bis 30. November 1986, ausgerichtet von der gerade gegründeten „Umweltbibliothek“ (UB) in den Räumen der Zionskirchgemeinde (vgl. Abschnitt 4.5.2). Während des ganz im Zeichen der ukrainischen Reaktorkatastrophe stehenden Seminars diskutierten etwa 100 Teilnehmer aus rund 36 Ökologiekreisen aus der DDR Vorträge zum Thema „Atomkraft und Alternativenergien“.¹² Zu den Möglichkeiten alternativer Energieerzeugung (insbesondere Windkraftgeneratoren) trugen Martin Schramm und Uwe Bastian vor, Herbert Mißlitz referierte zum Zusammenhang von militärischer und ziviler Nutzung von Kernenergie, Thomas Klein und Wolfgang Wolf zu energiepolitischen Wirtschaftlichkeitsszenarien. Die Vorträge fanden Eingang in die Broschüre „Morsche Meiler“, welche Anfang 1987 von der UB im Ormig-Verfahren vervielfältigt und vertrieben wurde.¹³

4.5.2 Eine Umweltbibliothek wird zum Modellfall

Seit 1984, also nach dem Scheitern der Friedensbewegung in Ost und West in der Nachrüstungsfrage, orientierte man sich im Staatssekretariat für Kirchenfragen bis Anfang 1986 an der Vorstellung, dass nun die Umweltproblematik zur Kulisse für staatsfeindliche Bestrebungen der im kirchlichen Raum agierenden Gruppen werden könnte. Nach diesen Erwägungen zielten die „gegnerischen Vorstellungen“ auf den Neuaufbau der Öko-

¹⁰ Im Gegensatz zur scharfen Frontstellung der Basisgruppen gegen die gesellschaftlichen Militarisierungstendenzen und die Verwicklung der Staaten des Warschauer Pakts in den internationalen Waffenhandel wurden die essentiellen friedens- und abrüstungspolitischen Positionierungen der DDR-Staats- und Parteiführung weitgehend geteilt. Ebenso waren die solidarische Haltung gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen und die Kritik an der bestehenden Weltwirtschaftsordnung sowohl Gemeingut der Friedensbewegung in West und Ost als auch vereinbar mit einigen regierungsamtlichen Positionen der DDR.

¹¹ Rüdtenklau 1992, S. 61f.

¹² Die Themengruppen des Seminars waren: 1. Atomkraft in der DDR – Weitermachen oder Ausstieg?, 2. Zusammenhang zwischen ziviler und militärischer Kernenergienutzung, 3. Nutzung alternativer Energiequellen, 4. Probleme durch fossile Brennstoffe, 5. Anders leben nach Tschernobyl. Einladung zum 3. Berliner Ökologieseminar 28.–30.11.1986, MDA 1.1.16.

¹³ Rüdtenklau 1992, S. 63f.

Frage anstelle der Friedensfrage in der kirchlichen Jugendarbeit. Jetzt sei aus dieser Richtung mit demonstrativen bzw. konfrontativen Handlungen gegenüber dem Staat zu rechnen.¹⁴ Tatsächlich sollte sich aber erst ab 1986 zeigen, dass die staatlichen Befürchtungen hinsichtlich der Relevanz von Ökologiearbeitskreisen ebenso berechtigt waren, wie der Argwohn hinsichtlich der Aktionen in der Menschenrechtsarbeit.

Der Friedens- und Umweltkreis in der Pfarr- und Glaubensgemeinde Lichtenberg (vgl. Abschnitt 3.4.3) machte von Anfang an eine „ökologische Öffentlichkeitsarbeit“ zu seinem zentralen Anliegen. Damit reagierte der Kreis auf die systematische Verschleierung, Geheimhaltung und Beschönigung der wirklichen ökologischen Krisenlage in der DDR. Diese staatlichen Praktiken waren Ausdruck sowohl der mangelnden bürokratischen Problemlösungskapazität als auch des Misstrauens in partizipatorische und demokratische Elemente bei der Eindämmung solcher Auswüchse. Das Prinzip organisierter politbürokratischer Verantwortungslosigkeit verbot die Offenlegung von Umweltdaten bei Strafe der anderenfalls aufkommenden Frage staatlicher wirtschaftspolitischer Verantwortung für die so offenbar werdende ökologische Verwahrlosung überall in der DDR. Der einzige Ausweg schien wieder in gegensteuernden Basisinitiativen zu liegen: Die Idee einer öffentlich zugänglichen Bibliothek zu Umweltfragen, verbunden mit einem Arbeitsort für thematische Veranstaltungen und Diskussionen wurde seit dem 2. September 1986 mit Hilfe des Pfarrers Hans Simon von der Zionskirchgemeinde im Prenzlauer Berg in den Kellerräumen des Pfarr- und Gemeindehauses verwirklicht.¹⁵ Es war klar, dass eine Umweltarbeit, die sich nicht auf symbolische Baumpflanzaktionen, asketische Sparappelle, beflissene Müllräumkampagnen und Ansprachen an die individuelle ökologische Verantwortung beschränkte, sondern nach den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ursachen, Zusammenhängen und Triebkräften für Umweltzerstörung fragte, dem staatlich gebilligten Handlangertum der Linderung von Folgen ihres Treibens entwuchs und staatsfeindlichen Charakter annehmen musste. Doch schon vorher, bereits bei Veröffentlichung geheimer Umweltdaten, war man im Handumdrehen im Bereich strafrechtlicher Verantwortlichkeit. So lenkte die UB zusammen mit anderen Ökologiearbeitskreisen 1986 die Aufmerksamkeit auf das Thema der Sondermülldeponie Schönberg, welche als Giftmüllkippe Westeuropas sowohl Ausdruck von Devisenknappheit der DDR als auch Beispiel für die Unbedenklichkeit staatlichen Handelns in der Müllfrage war. In Antworten auf besorgte Eingaben hinsichtlich gesundheitlicher Gefährdungen durch Grundwasserkontaminierung verwiesen die zuständigen Stellen dubioserweise auf den Devisenertrag der Giftmüllübernahme zugunsten des Gesundheitswesens.¹⁶ In ihrer Stellungnahme zum Smog-Alarm in Westberlin am 3.2.1987 protestierte die UB gegen die staatlich zu verantwortende Unterlassung von Warnungen für Berlin (Hauptstadt der DDR), die gemäß Gesetzblatt Teil 1, Nr. 21/1982 rechtswidrig und eine „schwerwiegende Verletzung des Menschenrechts auf den höchsterreichbaren Gesundheitszustand“ gewesen sei.¹⁷

Die BV Berlin des MfS eröffnete dann auch im März 1987 gegen die UB einen OV „Bibliothek“. Eine Eingabe der Projektgruppe „Ökologie-Studie“ der Umweltbibliothek vom September 1987 zu „Problemen in Berlin“ an die Volkskammer und den Ministerrat der DDR reichte der Leiter des Sekretariats des Ministerrats der DDR instinktsicher an das MfS, allerdings freundlicherweise und zuständigkeitshalber ebenfalls an den Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft und das SfK weiter. Erst acht Monate später, am 2.6.1988, entschloss sich das MfUW, die UB zu einem (wenig ertragreichen) Gespräch einzuladen.¹⁸

¹⁴ Information über die Tätigkeit der Friedensausschüsse, der ev. Studentengemeinden, Ökologiegruppen sowie weitere kirchliche Arbeitsformen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den evangelischen Landeskirchen, Vorlage vom 20.11.1984 an die Dienstbesprechung am 27.11.1984, SAPMO BArch, DO 4/949.

¹⁵ Der in die Zionsgemeinde umgezogene Friedens- und Umweltkreis wurde der Träger der nun eingerichteten Umweltbibliothek (UB). Wenn künftig von der „UB“ die Rede ist, so bezeichnet dies in der Regel diesen Kreis.

¹⁶ Rüdtenklau 1992, S. 64.

¹⁷ MDA, 1.1.16, Reg.-Nr. 835. Auch Teilnehmer des FK Pankow richteten am 6.2.87 eine Eingabe an den Magistrat von Berlin, Abteilung Umweltschutz, wegen der Verschlechterung der Berliner Atemluft. Der Anlass war das Dementi des Magistrats bezüglich einer Gefährdung in Berlin am 1./2.2.87 und die Mitteilung der Westberliner SEW-Zeitung „Die Wahrheit“, der man entnehmen könnte, dass die in (West)berlin erreichten SO₂-Werte die in der DDR gesetzlich zulässigen Höchstkonzentrationen bei Langzeiteinwirkung um das 9-fache und bei Kurzzeiteinwirkung um das 3-fache überschritten. MDA, RSch 4.01.4.; siehe auch Subklew-Jeutner 2004, S. 151.

¹⁸ Schreiben des Leiters des Sekretariats des Ministerrats der DDR vom 25.9.1987 an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi (Eingabe mit Kopie an den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, den Oberbürgermeister von Berlin sowie das Ministerium für Staatssicherheit), SAPMO BArch, DO 4/806. „Das Gespräch fand im Zentrum für Umweltgestaltung Berlin statt.“ Das MfUW „war vertreten durch Genossen H. Lütke, Stellvertretender Leiter der Staatlichen Umweltinspektion und Leiter für Grundsatzfragen des Umweltschutzes, sowie Genossen H.-U. Schultze. Von der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen nahm Genosse Gräfe teil. Als Vertreter der Zionsgemeinde/Umweltbibliothek waren erschienen: Pfarrer Simon, Jörg Troelsch, Holger Brand, Ulrich Klotzek, Johannes Kölbl.“ Gesprächsinhalte waren die Energie- und Wasserversorgung in Berlin, die geplante 30%ige SO₂ Emissionssenkung, Müllverbrennungsanlage Schöneiche, Waldschäden, Bepflanzung der ehemaligen Rieselfelder im Norden Berlins, Waldbewirtschaftung, Zersiedlung durch Kleingartenanlagen, Grünanlagen und Pflanzenschutz. Geführt wurde eine kontroverse Diskussion „zur Problematik der finanziellen Stimulierung von Umweltverhalten der Bürger ... Von Klotzek und den anderen Vertretern wurde die Aufhebung der Subventionierung von Erzeugnissen des Grundbedarfs befürwortet, darunter Energie und Wasser. In ähnlicher Weise wurden die bekannten Kritiken an der Informationspolitik zur Umweltsituation in der

Beim riskanten Transport von Literatur für die neue Bibliothek half von Westberlin aus Roland Jahn. Hauptsächlich übernahmen es grüne Bundstagsabgeordnete, Bücher (und später auch Technik für die Zeitungserstellung sowie Druckzubehör) kontrollfrei über die Grenze zu schaffen. Die Umweltbibliothek Berlin (UB) übernahm ab 1986 die Organisation der Berliner Ökologieseminare vom Ökologiekreis Friedrichsfelde und gab nach Ausrichtung des 3. Berliner Ökologieseminars Ende November 1986 (vgl. Abschnitt 4.5.1) im Frühjahr 1987 auch den zugehörigen Reader der Konferenz als erste größere Veröffentlichung heraus. Doch schon zuvor begann die UB nach dem Vorbild des „Grenzfall“ ab September 1986 mit der Publikation ihres Mitteilungsblatts „Die Umwelt-Bibliothek“, welches später unter dem Namen „Umweltblätter“ republikweit bekannt wurde und zu ähnlichen Veröffentlichungsversuchen anregte. Maßgeblich für diesen Erfolg war der Umstand, dass keineswegs nur ökologische, sondern von Anfang an und in wachsendem Umfang politische Themen sowie Nachrichten den Inhalt der Zeitung bestimmten, weshalb der Leserkreis weit über die ökologisch Interessierten hinausging. Anfangs im Ormig-Verfahren in einer Auflage von ca. 150 Exemplaren herausgegeben, firmierte das Blatt im Gegensatz zum illegalen „Grenzfall“ unter Bezugnahme auf das innerkirchliche Veröffentlichungsrecht. Die Kooperation der beiden Redaktionen „Grenzfall“ und „Umweltblätter“ beschränkte sich nicht nur auf die Herstellung der Zeitungen (so wurden drei Grenzfall-Ausgaben auf den Maschinen der UB und 1987 zwei Nummern der „Umweltblätter“ auf der Maschine der „Grenzfall“-Produzenten hergestellt), sondern es wurden auch Artikel und Meldungen nach Maßgabe der Veröffentlichungsmöglichkeiten ausgetauscht. Dies wiederum hieß keineswegs, dass diese Praxis und zudem das andauernd freundschaftliche Verhältnis der Drucker und Redakteure beider Zeitungen untereinander auch auf gleiche Auffassungen in allen inhaltlichen Punkten schließen ließ.¹⁹ Es war klar, dass unter den in der DDR herrschenden Bedingungen eine Zeitungsproduktion dieser Art nur durch solidarische Kooperation aufrechtzuerhalten war. Die Zeitung wurde an Oppositionsgruppen aus der ganzen DDR geliefert. Die Belieferung der Abnehmer des Blattes und anderer Informationen erfolgte über ein Postfachsystem in der Bibliothek selbst, wobei die Abholer des Materials ihrerseits wieder Material in der UB hinterließen. In der UB lagen die aktuellen Info-Blätter der verschiedenen Basisgruppen nicht nur Berlins, diverse Flugzettel und die neuste erhältliche Ausgabe der Westberliner TAZ aus. Auf diese Weise entstand ein weiteres Kontaktsystem der Gruppen und der relativ schnelle und sichere Austausch von Informationen stabilisierte sich.

So wie die Inhalte der „Umweltblätter“ waren auch die Veranstaltungen der UB ab 1987 in der „UB-Galerie“ nicht auf ökologische Fragestellungen beschränkt, sondern umfassten tagesaktuell die im Spektrum der politisch-alternativen Gruppen diskutierten Themen. Die „Galerie“ wurde auch von anderen Kreisen als Veranstaltungsort genutzt und war gleichzeitig Ort für Ausstellungen alternativer Künstler. Für den Ausbau dieser halblegalen gegenkulturellen Nische im UB-Betrieb ab Anfang 1987 machte sich das UB-Mitglied Carlo Jordan stark, der bereits in den 70er Jahren an der „Kulturopposition“ in den staatlichen Jugendclubs teilnahm. Die „Flucht“ der von den Sicherheitsorganen verfolgten privaten Punk-Art-Ausstellung Igor Tatsches und der AG Mauerstein in den Räumen der UB-Galerie und die Ausstellung „Dada-Ök“ von Reinhard Zabka waren Beispiele dafür.²⁰ Auf diese Weise wurde die UB zu einem zunehmend sogar überregionalen Kommunikationszentrum und damit zu einem wichtigen Vernetzungsknoten der politisch-alternativen Gruppen in der DDR. Der IFM wurden 1988 die Räume der UB zu monatlichen Veranstaltungen zur Verfügung gestellt. Nachdem die UB den Angriff des MfS vom November 1987 überstanden hatte (vgl. Abschnitt 4.20), arbeitete die UB mit modernerer Druck- und Computertechnik (Wachsmatrizenmaschinen und grafikfähige PC), die mit Hilfe der Grünen in die Bibliothek gebracht werden konnte.

Seitens des MfS ging man bei der Beobachtung solcher Aktivitäten nicht zu Unrecht davon aus, dass die UB mehr und mehr zu einer Schaltstelle oppositioneller Aktivitäten wurde, weit über die Umweltarbeit hinausgehende Aktivitäten entfaltete und überdies zahlreiche Westkontakte unterhielt.²¹ Die trotz nominell antihierarchischer Arbeitsweise sich deutlich heraushebende Rolle der Hauptakteure Wolfgang Rüdtenklau, Christian Halbrock und Carlo Jordan wurde mit separaten OV „gewürdigt“.

Carlo Jordan betonte 1994 rückblickend, „dass ab Mitte der achtziger Jahre, insbesondere ab 1986/87 die Ostverbindungen immer wichtiger wurden. Wir haben als Akteure der Ökologiebewegung dann zunehmend mit den Umweltbewegungen in Polen, im Baltikum, in Ungarn zusammengearbeitet, haben über die Zusammenarbeit im grünen Netzwerk „Greenway“ auch den Kontakt hergestellt zu den breiten

DDR vorgetragen. ... Offenbar wollten die Vertreter der Umweltbibliothek den Beweis erbringen, daß sie zum Gespräch bereit und fähig sind. Sie wollen das Gespräch weiterführen. ... Durch Genossen Lütke wurde diese Möglichkeit für den Herbst des Jahres eingeräumt.“ Vermerk des StK vom 6.6.1988 zu dem Gespräch des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft mit Vertretern der Umweltbibliothek der Zionsgemeinde Berlin am 2.6.1988. SAPMO BArch, DO 4/806.

¹⁹ Rüdtenklau 1992, S. 72.

²⁰ Ebenda, S. 104.

²¹ Diese Zusammenarbeit, etwa mit Roland Jahn, der auch für das Nachrichtenmagazin „Kontraste“ tätig war, und die Ausstattung einiger Mitarbeiter der UB mit Aufnahmetechnik (Siegbert Schefke) machten es möglich, ökologische Notstandsgebiete in der DDR filmisch zu dokumentieren und in den Westmedien auszustrahlen.

Bürgerbewegungen, die im Jahre 1989 im Baltikum entstanden waren und die für uns hinsichtlich der Strukturvorschläge bis hin zu Parteibildungen eine Ermutigung darstellten, welche viel stärker war als die, die wir Anfang der achtziger Jahre aus dem Westen bekommen hatten.“²²

Beiläufig versuchte die in der UB stark präsente Strömung anarchistisch-basisdemokratischer Provenienz in Veranstaltungen und einigen Artikeln der Hauszeitung ihre Sichtweise zu vermitteln. Deren auf Herrschaftsfreiheit und alternative Lebensformen in sozialer Selbstorganisation orientierende Weltsicht grenzte sich demonstrativ vom Marxismus ab, vermochte aber im Gegensatz zu anderen Kritikern des Marxismus die sich auf Marx berufende staatskonforme Herrschaftsideologie von der herrschaftskritischen subversiven marxistischen Methode zu unterscheiden. Charakteristisch war auch das antizentralistische, jeder parteiförmigen Organisationsform auch in oppositionellen Strömungen abgeneigte Selbstverständnis. So ausgestattet vermochten die Akteure der UB sehr instinktsicher amtskirchliche Kollaboration mit dem Staat und innerkirchlichen Opportunismus zu attackieren, nicht zuletzt aber auch sektiererische Eskapaden im oppositionellen Spektrum zu erkennen (natürlich bis auf die eigenen) und zu glossieren.

.....

Zu Pfingsten 1987 schien auf den ersten Blick eine Fortsetzung der „Jugendrevolten“ aus den 60er und 70er Jahren stattzufinden: Anlässlich eines Open-Air-Konzerts vor dem Westberliner Reichstag vom 7. bis 9. Juni 1987 versammelten sich 2–4 000 zumeist jugendliche Rockfans in der Nähe des Brandenburger Tores, um wenigstens akustisch dabei sein zu können. Am 9. Juni gab es zum Teil brutale Ausschreitungen der VP und von Einsatzkräften des MfS gegen die hier versammelten Bürger.²³ Anders als bei den meisten solcher Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Jugendlichen in den 60er und 70er Jahren waren die Losungen und Bekundungen aus der Menge heraus („Gorbatschow“, „Rosa Luxemburg“, „Die Mauer muss weg“, „Stasi-Schweine“, Absingen der „Internationale“) Reaktionen der angegriffenen Bürger auf nicht provozierte Übergriffe der Sicherheitsorgane.²⁴ Eine gemeinsame Erklärung des Friedenskreises Friedrichsfelde, der Umweltbibliothek und der Gruppe Gegenstimmen vom 15. Juni 1987 verband diese Ereignisse mit den Demonstrationen in Westberlin gegen den dortigen Besuch des US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan. Es hieß:

„Innerhalb einer Woche ertönte auf beiden Seiten des Brandenburger Tores der Ruf nach dem Fall der Mauer: von Jugendlichen bei uns und vom Präsidenten der Vereinigten Staaten. Was steckt jeweils hinter dieser Forderung? Herr Reagan ... ruft ... nach einer Wandlung im Osten. Die Menschenrechte sollen endlich respektiert werden. Wenn Reagan von Menschenrechten spricht, kann er doch nicht die meinen, die durch die USA selbst mit Füßen getreten werden. Oder sind die Studenten in Südkorea, die Nicaraguaner, die Schwarzen in Südafrika und in seinem eigenen Land keine Menschen für ihn? ... Wer genau hinhört, merkt schnell, was er meint und für wen er spricht. ... Der Kapitalismus braucht neue Märkte. Und wer meint, die jungen Leute zu Pfingsten wären sich einig mit Reagan, der irrt. Es war ja nicht zu überhören, dass auch die ‚Internationale‘ gesungen wurde. Im Übrigen wurde nach Gorbatschow gerufen und nicht nach Reagan oder gar Kohl. Hier macht sich offensichtlich der Wunsch nach Veränderungen anderer Art Luft. Eine Alternative zu beiden bestehenden Systemen verträgt sich schlecht mit Polizeiaufmärschen gegen missliebige Bürger. Eins ist jedenfalls klar: Mit dem Vorgehen der Polizei gegen die Jugendlichen zu Pfingsten lieferten die Staatsorgane jenem Mann die Argumente, gegen dessen Politik Zehntausende von Menschen in Westberlin demonstrieren. Mit diesen Westberlinern fühlen wir uns solidarisch verbunden.“²⁵

.....

²² Zeitzeugenbericht von Carlo Jordan in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 286.

²³ Vgl. Zeitschrift „Umweltbibliothek“ vom 4.7.1987, S. 2f, MDA und „Grenzfall“ 6/198, Reprint 1989, S. 64f.

²⁴ Dies traf wiederum auf einen kleineren Krawall am 13. August 1987 nicht mehr zu. Auch hier ging die Polizei mit erheblicher physischer Gewalt gegen die Demonstranten vor.

²⁵ Mr. Reagan, holen Sie Ihren Koffer wieder ab! Gemeinsame Erklärung des Friedenskreises Friedrichsfelde, der Gruppe Gegenstimmen und der Umweltbibliothek vom 15.6.1987, MDA, 1.1.02, Reg.-Nr. 4277.

Angeblich kontaktierte 1987 Rainer Eppelmann während einer privaten Besuchsreise in die BRD Politiker bundesdeutscher Parteien, unter anderem der CDU.²⁶ Daraus erwuchs am 12. Oktober 1987 eine interne Begegnung von Mitgliedern der Samaritergemeinde, deren Pfarrer Rainer Eppelmann und einigen Mitgliedern der IFM mit Bundestagsabgeordneten der Regierungsparteien CDU und CSU, die anlässlich einer Fraktionssitzung im Reichstag in Westberlin weilten.²⁷ Ein weiteres internes Treffen am gleichen Tag erfolgte mit Angehörigen der US-Kommission für die Wiener KSZE-Folgekonferenz. Bereits am nächsten Tag war dies Thema in den westdeutschen Medien. Der „Spiegel“ vermeldete später die „internationale Anerkennung“ der DDR-Friedensbewegung.²⁸

Der Friedenskreis Friedrichsfelde, die Gruppe „Gegenstimmen“ und Mitglieder der Umweltbibliothek distanzieren sich am 17. Oktober in einer gemeinsamen Erklärung von solchen Treffen mit Repräsentanten „einer Partei, die die westliche Nachrüstung befürwortet und durchgeführt hat ... Wir wollen nicht zusammen mit einer Partei Krokodilstränen über Menschenrechtsverletzungen in der DDR zerdrücken, die andererseits eine menschenverachtende Asylpolitik befürwortet und (mindestens zu großen Teilen) brutale Diktaturen wie in Südafrika und Chile unterstützt.“²⁹ Die „Kirche von Unten“ merkte am 25. Oktober in ihrer Abgrenzung von dieser Begegnung sarkastisch an, dass die Konspiration dieses Treffens gegenüber den Berliner Friedenskreisen sehr viel konsequenter gehandhabt wurde, als gegenüber der Westpresse.³⁰ Die Gruppe „Gegenstimmen“ wies in einer separaten Stellungnahme unter anderem auf Irritationen des rechten Flügels innerhalb der CDU angesichts Norbert Blüms unlängst erfolgter klarer Distanzierung von den Menschenrechtsverletzungen der ultrarechten Junta in Chile hin.³¹ Es sei logisch, dass die hinsichtlich ihrer Kontakte mit der DDR-Opposition sonst so abstinente CDU jetzt eine „ausgleichende“ medienwirksame Thematisierung von Menschenrechtsverletzungen in der DDR zur Bereinigung dieses „Ungleichgewichts“ in den Augen der konservativen Wählerschaft gebrauchen könne. Der Vorwurf lautete, mit dem zu erwartenden verzerrenden Medienecho im Westen hätten sich die Gesprächspartner im Osten für innen- und parteipolitische Zwecke der CDU missbrauchen lassen.³²

.....

4.20 Der Überfall auf die Umweltbibliothek: Ein Kurswechsel?

Gerade der „Grenzfall“ als kirchenunabhängige oppositionelle Zeitschrift sowie die Umweltbibliothek als kirchengebundenen überregionales Kommunikationszentrum und wichtiger überregionaler Vernetzungsknoten politisch-alternativer Gruppen in der DDR boten sich als Hebel für ein Schaustück neuer staats- und sicherheitspolitischer Entschlossenheit an. Am 18. November 1987 teilte der Leiter der Sektion Kirchenfragen beim Magistrat, Dr. Mußler, bei einem „Hausbesuch“ in der Umweltbibliothek dem geschäftsführenden Pfarrer Simon mit, die „Umweltblätter“ sprengen den Rahmen innerkirchlicher Mitteilungen, seien damit genehmigungspflichtig und daher (wegen fehlender Genehmigung) rechtswidrig. Bemerkenswert war der Vorhalt des Hauptabteilungsleiters Heinrich von der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen (gleichzeitig OibE des MfS) gegenüber BEK-Sekretär Ziegler am 19.11.1987 unmittelbar vor der hier zu schildernden MfS-Operation gegen die UB, dort sei der „Grenzfall“ Nr. 10 gedruckt worden. Außerdem stehe die Frage, ob in der UB ein illegal eingeschleustes Vervielfältigungsgerät betrieben werde.³³ Nun sei ein Punkt

²⁶ Neubert 1997, S. 662.

²⁷ Seitens der CDU/CSU nahmen Werner Schreiber, Heribert Scharrenbroich, und Eduard Lintner teil. Auf „östlicher“ Seite beteiligten sich an beiden Treffen insgesamt sieben Mitglieder der IFM und drei des Samariter-Friedenskreises, Gerd Poppe, Dialog oder Abgrenzung? Grenzfall-Vorabdruck 11/1987, Reprint S. 131ff.

²⁸ „Der Spiegel“ vom 19.10.1987.

²⁹ MDA, 1.1.16., Reg.-Nr. 8501.

³⁰ „Umweltblätter“ November 1987, S. 11.

³¹ Der „Tagesspiegel“ meldete am 26.7.87, Blüm habe nach einem Privatbesuch in Chile dem chilenischen Regime Mord und Folter vorgeworfen und wolle sich trotz des Widerstands von Innenminister Zimmermann für die Aufnahme von 14 von der Hinrichtung bedrohten Chilenen einsetzen. Bereits im Juli 1986 hatte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler gegen die Menschenrechtsverletzungen der Junta in Chile protestiert.

³² Erklärung der Gruppe Gegenstimmen zu den Vorgängen am 12.9.1987 und ihrer Würdigung in westlichen Medien, Privatarchiv des Autors.

³³ Tatsächlich stand in der UB eine Wachsmatritzenmaschine aus den 70er Jahren, die der Bundestagsabgeordnete Wilhelm Knabe eingeschmuggelt hatte.

erreicht, an dem die Staatsorgane reagieren würden. Dies konnte durchaus als (wohlmeinende?) Warnung interpretiert werden. Ziegler informierte am 20.11. Stolpe von dem Gespräch.³⁴

Dem MfS war durch ihre zahlreichen IM bekannt, dass die Redaktionen der „Umweltblätter“ und des „Grenzfall“ kooperierten – zuweilen auch bei der technischen Herstellung der Zeitschriften. Nachdem die Sicherheitsorgane zwecks Beendigung der Publikationstätigkeit des Periodikums „Grenzfall“ im Oktober 1987 ursprünglich noch erwogen hatten, die Drucker bei der Herstellung des Blattes in einer Privatwohnung „auf frischer Tat“ zu ertappen und mit moderaten Ordnungsstrafen abzufertigen³⁵, begannen schließlich die Vorbereitungen für die sehr viel weiter ausgreifende „Aktion Falle“: Die Grenzfall-Drucker sollten veranlasst werden, den Abzug ihrer nächsten Ausgabe wie schon einige Male zuvor wieder in der UB auszuführen, um sie dort „auf frischer Tat“ festzunehmen. Zutreffenderweise wurde vermutet, dass dieser Zugriff zulasten einer illegalen Publikation kaum von der Amtskirche gedeckt werden, andererseits aber die Spannungen auch zwischen kirchlichen Basisgruppen und der Kirchenleitung auf Kosten der Gruppen weiter erhöhen würde. Zur Verwirklichung dieser operativen Kombination wurden die Grenzfall-Drucker permanent und demonstrativ beschattet, um den Druck anderenorts zu verhindern, so dass der Vorschlag eines instruierten IM in der „Grenzfall“-Redaktion plausibel erschien, den Druck in der UB erledigen zu lassen. Die Druckmaschine wurde in die Zionskirchgemeinde gebracht und die UB-Drucker planten, die Grenzfall-Ausgabe anstelle der gefährdeten Grenzfall-Drucker selbst zu besorgen. Erwählter IM musste nun nur noch die Grenzfall-Drucker dazu bringen, entgegen den Absprachen während des um Mitternacht geplanten Drucks des „Grenzfall“ in der UB dort vorbeizukommen, um sich selbst vom ordnungsgemäßen Fortgang der Angelegenheit zu überzeugen. Damit hätten UB- und „Grenzfall“-Drucker beim Zugriff der Sicherheitsorgane gemeinsam in der „Falle“ gesessen.³⁶ Bei Gelingen dieser von der Bezirksverwaltung Berlin des MfS zu veranstaltenden Provokation wären tatsächlich Bedingungen geschaffen worden, die eine Beendigung der permanenten Dauerdefensive staatlichen Abwehrhandels zugunsten eines nun wieder offensiveren Vorgehens gegen die Opposition erwarten ließ. Auf jeden Fall hätte sich mit dieser Aktion eine belastbare Legitimationsgrundlage dafür ergeben. Außerdem hoffte man auf das Auseinanderdividieren kirchlicher und autonomer Gruppen. Das staatliche Risiko, bestehend in den Unwägbarkeiten der Konsequenzen eines erstmals seit langem erfolgenden Eindringens des Sicherheitsorgane in kirchliche Räume für das fragile Staat-Kirche-Verhältnis, wurde von den Sicherheitsorganen wegen der aus dem Vorhaben zu ziehenden beträchtlichen Vorteile offenbar als vertretbar eingeschätzt. Doch drei Pannen verhinderten das Zustandekommen der Voraussetzungen für die geplante operative Kombination: In der Nacht vom 24. auf den 25. November 1987 sprang der Pkw des IM, welcher die Grenzfall-Drucker zur UB fahren sollte, nicht an. Dann verschoben die UB-Drucker unverhofft den für Mitternacht geplanten Druck des „Grenzfall“ auf die frühen Morgenstunden, weshalb die Sicherheitsorgane nebst aufsichtsführendem Staatsanwalt Gläser während des ersatzweise vorgezogenen Drucks der „Umweltblätter“ in die UB stürmten. Und schließlich beschlagnahmten die Sicherheitsorgane zwar das Papier, die Matrizen und alle Druckmaschinen einschließlich der des „Grenzfall“-Kollektivs, vergaßen jedoch bei letzterer deren Druckerschwärze-Pumpe mitzunehmen, weshalb die in nicht druckfähigem Zustand im Gewahrsam des MfS befindliche Maschine nun kaum mehr für einen Vorwurf der Sorte „auf frischer Tat“ geeignet war.

Nach der Zuführung von sieben UB-Mitarbeitern und bei ihnen durchgeführten Wohnungsdurchsuchungen verblieben Wolfgang Rüdtenklau und Bert Schlegel in Untersuchungshaft, und es wurden Ermittlungsverfahren gemäß § 218 (1)³⁷ gegen beide sowie gegen Till Böttcher und Andreas Kalk eingeleitet. Wolfgang Rüdtenklau behauptete in der Haft zum Schutz des Pfarrers, der UB und anderer vermuteter Inhaftierter, er habe die Druckmaschine ohne Wissen anderer in Verwahrung genommen, jedoch sei kein Druck irgendwelcher Schriften darauf beabsichtigt gewesen. Diese Legende erwies sich (unabhängig von den inoffiziell erlangten Erkenntnissen des MfS über die tatsächlichen Sachverhalte) im rechtsförmigen Verfahren als haltbar. Die „Aktuelle Kamera“ am Abend des 26.11. und das ND vom 27.11. mussten jedoch zunächst verbreiten, in Kirchenräumen der Zionsgemeinde hätte „hinter dem Rücken der zuständigen kirchlichen Stellen“ die „Herstellung staatsfeindlicher Schriften“ stattgefunden. Der Kirchenleitung wurde am 25.11. vom amtierenden Staatssekretär und CDU-Mitglied Hermann Kalb (Gysi befand sich im Ausland) intern mitgeteilt, dabei habe es sich um die Ausgabe 11

³⁴ Dokumenta Zion. Siehe auch: Schlacht um Zion, Umweltblätter Dezember 1987, S. 2. In einer Schnellinformation des BEK-Sekretärs Ziegler vom 3.12.1987 war davon die Rede, dass am 19.11.1987 ein Hinweis über den Druck staatsfeindlicher Schriften in der UB dem Konsistorium der EKBB über das BEK-Sekretariat weitergegeben wurde. Jedoch hätte weder eine Besichtigung der UB-Räumlichkeiten durch den Magistrat, noch Gespräche von Konsistoriumsmitgliedern mit dem geschäftsführenden Pfarrer Simon solches bestätigen können. Schnellinformation des BEK-Sekretariats vom 4.12.1987, MDA, 1.1.16., Reg.-Nr. 3745.

³⁵ Rüdtenklau 1992, S. 115.

³⁶ Ebenda, S. 115ff.

³⁷ Zusammenschluss zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele.

des „Grenzfall“ gehandelt und die KL möge sich von den betreffenden Personen distanzieren.³⁸ Spekulationen des MfS auf eine Entsolidarisierung infolge bekannter heftiger politischer Konflikte von Gruppen untereinander gingen ins Leere: Schon am Morgen des 25.11. formulierten Vertreter Berliner Basisgruppen eine erste gemeinsame Protesterklärung. Sie war unterzeichnet von Gruppen, die sich in jüngster Zeit vor allem in Streitgesprächen begegneten. Es hieß unter anderem:

„Wir sehen in dieser Aktion gegen die Umweltbibliothek einen Angriff auf alle Gruppen der unabhängigen Friedensbewegung, auf die Ökologie- und Menschenrechtsgruppen. In der Zionskirche begann am 3. September dieses Jahres die erste unabhängige Demonstration von Basisgruppen anlässlich des Olof-Palme-Friedensmarsches. Diese anscheinend hoffnungsvolle Entwicklung, die der DDR auch international gut zu Gesicht stand, wurde durch die jüngsten Vorgänge in Frage gestellt. Während sich gestern in Genf die Außenminister der UdSSR und der USA auf ein wichtiges Abrüstungsabkommen einigten, bereiteten in der DDR die Vertreter des harten Kurses nach altem Muster einen Angriff auf die Friedensbewegung vor. Dies war der vorläufige Höhepunkt eines zunehmenden Drucks auf politisch Engagierte nach dem Honecker-Besuch in der BRD.“³⁹

Generalsuperintendent Krusche übernahm am Abend die Verbreitung der staatsanwaltlichen Deutung des Vorgangs, in welcher noch der Wunsch des angestrebten Ausgangs der Aktion „Falle“ die Sichtweise diktierte. Dies wurde am nächsten Tag von der UB in einer Presseerklärung zurückgewiesen.⁴⁰ Für den gleichen Abend des 25.11. riefen die Basisgruppenvertreter zu einer Protestkundgebung auf dem Zionskirchplatz auf, deren Teilnehmer sich nach Polizeidrohungen und Festnahmen in die Kirche zurückzogen. Daraufhin beschlossen die 200 Teilnehmer der Andacht in der Zionskirche, aus ihren Reihen die erste Mahnwache auf freiem Gelände vor der Kirche zu bilden. Diese forderte die sofortige Freilassung der Inhaftierten, die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der UB und die Einstellung von Repressalien gegen kritische Bürger. Sie wurde umgehend durch die VP zugeführt⁴¹, woraufhin sich die nachfolgenden Mahnwachen in Kirchentürnähe aufhielten und bei Annäherung der VP in die Kirche zurückzogen. Am 26.11. protestierte Bischof Forck bei Kalb in der Dienststelle des Staatssekretärs und Stadtjugendpfarrer Hülsemann (Teilnehmer der ersten Mahnwache) beim Magistrat gegenüber Mußler gegen die Zuführung der Mahnwächter am Vortag. Der GKR der Gemeinde solidarisierte sich am 26.11. mit der Mahnwache und akzeptierte diese als Teil der Gemeindegemeinschaft. Sie wurde nun (seit dem 26.1.) von einem Mahnwachenbüro organisiert, welches auch republikweit Informationen über Zuführungen, Wohnungsdurchsuchungen und andere Repressalien zu sammeln begann und darüber informierte. Die ersten Mahnwachen wurden von jungen Leuten aus der KvU, der UB und deren Umfeld gestellt. Es sollte sich zeigen, dass gerade die Teilnahme zunehmend politisierter Punks an den Mahnwachen die notwendige und politisch entscheidende Kontinuität des Mahnwachenbetriebs sicherte. DDR-weit und auch international begann eine Solidaritätswelle für die Inhaftierten. Versuche staatlicher Organe überall in der Republik, die Teilnehmer an solchen Solidaritätsaktionen mittels Zuführungen, Vorladungen, Aufenthaltsbeschränkungen und Berlinverboten einzuschüchtern und zu behindern, blieben wirkungslos. Jedoch blieb der Offene Brief der UB vom 26.11.1987 an den gerade zusammengetretenen DDR-Schriftstellerkongress mit seiner Bitte um Solidarität dort ohne jedes Echo.⁴² Dagegen übermittelten der französische nationale Schriftstellerkongress und seine internationalen Gäste

³⁸ Schnellinformation des BEK-Sekretariats vom 4.12.1987, MDA, 1.1.16., Reg.-Nr. 3745 und Dokumenta Zion.

³⁹ Diese öffentliche Erklärung vom 25.11.1987 war von der Umweltbibliothek, der Kirche von Unten, der IFM, der Gruppe Gegenstimmen, dem Friedenskreis Friedrichsfelde, dem Arbeitskreis solidarische Kirche, den Frauen für den Frieden und Gliedern der Zionskirchengemeinde unterzeichnet, MDA, 1.1.16., Reg.-Nr. 870.

⁴⁰ Krusche war am gleichen Tag von Gläser informiert worden und nahm fatalerweise an, sich mit den gegebenen Hinweisen auf der sicheren Seite zu befinden. Zu den von Krusche verbreiteten Informationen gehörte auch die tatsächlich unwahre Behauptung, in der UB wären moderne Kleinoffsetdruckmaschinen westlicher Herkunft beschlagnahmt worden. Die UB nutzte ihr Dementi zu Krusches Mitteilung, in ihren Räumen sei der „Grenzfall“ gedruckt worden, in dieser Presseerklärung auch zur Solidarisierung mit Redaktion und Umfeld des „Grenzfall“. Grenzfall 11/12 1987, Reprint S. 138. Auch auf die erwähnte ADN-Meldung vom 27.11.87 zum Vorgehen der Staatsorgane wegen angeblicher Herstellung staatsfeindlicher Schriften auf frischer Tat reagierte die UB mit einem Dementi, MDA, 1.1.16., Reg.-Nr. 911.

⁴¹ Unter den für 24 Stunden Festgenommenen waren Martin Böttger, Vera Wollenberger, Wolfgang Templin, Peter Grimm, Gerd Poppe und Ralf Hirsch. Andere standen unter Hausarrest. Fußnote 3, Dokumentation der IFM, o. D. (vermutlich Juli 1988), MDA, 7.2., Reg.-Nr. 8749.

⁴² MDA, RHi 1 2.1.3. Der Vorsitzende des Schriftstellerverbands, Hermann Kant, hatte am 26.11.1987 das Pech, von einem Reporter auf die Durchsuchung der UB und die Verhaftungen angesprochen zu werden. Er sah seine daraufhin erfolgte Aussage, wer sich in der DDR für die Umwelt einsetzen wolle, brauche nicht „in die Katakomben zu gehen“, in der abendlichen „Tagesschau“ wieder. Der Begriff „Katakomben“ assoziierte, sicherlich beabsichtigt, den „Untergrund“ (also Illegalität), und spiegelte gleichzeitig die real existierende Lokalität der UB (die Kellerräume im Gemeindehaus) wider. Ein Brief der UB vom nächsten Tag an ihn war um Aufklärung über die legale Existenz der Bibliothek mit geregelten Öffnungszeiten, ihren Ausstellungen und Veranstaltungen sowie dem für Interessenten durchaus zugänglichen Informationsblatt der Einrichtung bemüht. Gleichzeitig wurde Kant zur Inaugenscheinnahme der UB und Lesung aus seinen Werken in der Galerie gebeten. MDA, 1.1.16. und Dokumenta Zion. Kant antwortete am 14.12.1987 dankend, er wolle die Einladung annehmen und bedauerte die Verkürzung seiner Ausführungen in den Westmedien, weil seine Bemerkung angeblich auf die Dominanz der

ihre Grüße. Am 27.11. musste die Polizei mit Hilfe der Feuerwehr eine Protestlösung vom Turm der Zionskirche abnehmen. Mittel des Protests waren auch sogenannte „Informationsandachten“, organisiert von erfahrenen Basisgruppen-Aktivistinnen. Als am 28.11. entsprechend einer Zusage Gysis gegenüber Stolpe die Inhaftierten Schlegel und Rüdtenklau bei weiter andauernden Ermittlungsverfahren aus der Haft entlassen wurden, zog sich die Mahnwache als Zeichen der Deeskalation in die Kirche zurück. Aufrechterhalten blieben die Forderungen der Einstellung aller Ermittlungsverfahren, der Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der UB und die Einstellung jeglicher Repressalien gegen politisch Andersdenkende.⁴³ Die von Pfarrer Simon und Stadtjugendpfarrer Hülsemann befürwortete weitergehende Deeskalation (Auflösung der Mahnwache) führte allerdings zu Auseinandersetzungen. Die Mahnwache wurde erst dann auf Zeit ausgesetzt, als Stolpe am 29.12. bei einem Gottesdienst in der Eliaskirche seine eigene Beteiligung an ihr im Falle neuer Verhaftungen in Aussicht stellte und die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der UB mit Hilfe der Kirchenleitung zusagte.

Bei einem Gespräch auf Einladung Gysis in seiner Dienststelle am 2.12.1987 wurde Stolpe, Simon und Ziegler vom Staatsanwalt mitgeteilt, die Aktion habe sich gegen die staatsfeindliche Zeitschrift „Grenzfall“, nicht jedoch gegen die UB und mit ihr verbundenen Gruppen gerichtet. Gutachtlich nachgewiesen sei, dass die Ausgabe 9 des „Grenzfall“ auf UB-Druckmaschinen hergestellt worden war und Matrizen sowie gedruckte Seiten der Ausgabe 11 des „Grenzfall“ beschlagnahmt wurden. Jedoch seien die in der Nacht vom 24./25.11. in der UB anwesenden Personen nicht beim Druck dieser Zeitschrift angetroffen worden. Gysi versicherte, es werde staatlicherseits in keiner Weise an eine Änderung des kirchenpolitischen Kurses gedacht. Vielmehr werde das Staat-Kirche-Verhältnis durch die Solidaritätskampagne, die Einrichtung der Mahnwache und deren völlig unangemessenen Forderungen belastet. Die Situation werde von westlichen Medien genutzt, um die Politik der Entspannung und Öffnung seitens der DDR zu hintertreiben und das Staat-Kirche-Verhältnis zu stören. Gysi fragte empört, warum die Kirchenverantwortlichen die seit längerer Zeit gegebenen Hinweise und Warnungen hinsichtlich des gesetzwidrigen Treibens in der UB in den Wind geschlagen hätten und nicht das Hausrecht in Anwendung brachten. Die Kirchenvertreter wiesen ihrerseits darauf hin, dass die eigentlich anhängigen Probleme nicht durch Disziplinierungen, Ausgrenzungen und Hausrechtsanwendungen, sondern durch das Gespräch mit den Gruppen gelöst werden könnten. Die selbst auferlegte Zurückhaltung und das Bemühen um Differenzierung der Kirchenleitung werden auch von den Ordnungskräften erwartet, denn die bekannt gewordenen Zuführungen und Verbote würden die Situation nur weiter verschärfen.⁴⁴

Als am 4.12.1987 ein weiterer abendlicher Informationsgottesdienst in der Zionskirche bevorstand, ließ sich das Politbüromitglied Jarowsky als zuständiger ZK-Sekretär von der Arbeitsgruppe Kirchenfragen des ZK tagesaktuell von Stand der Dinge informieren. Dies geschah im Schatten der bereits am 29.11. verlautbarten Ankündigung der Mahnwächter, ihre ausgesetzten Mahnwachen bei Nichterfüllung ihrer Forderungen wieder aufzunehmen. Die Arbeitsgruppe berichtete: „Durch den Bezirksvorstand der CDU sind etwa 30 Freunde in der Kirche, die speziell darauf vorbereitet sind, positive Positionen zu unterstützen, Anfragen zu stellen bzw. ihr Missfallen zu äußern. Für besondere Fälle sind durch die Kreisleitung der SED 100 Genossen als Reserve gedeckt vorbereitet ... Für den heutigen Abend wurde vereinbart, dass eine größere Zahl kirchenleitender Vertreter an der Veranstaltung teilnimmt, um beruhigend auf entsprechende Zuspitzungen einzuwirken.“⁴⁵ Letzteres blieb hauptsächlich Schnur überlassen: Er teilte während dieses Gottesdienstes namens der Staatsanwaltschaft mit, dass die Einstellung der Ermittlungsverfahren in der kommenden Woche erfolgen werde.⁴⁶ Damit war die endgültige Beendigung der Mahnwachenaktion in die Wege geleitet. Das Mahnwachen-Büro bestand allerdings bis zum 14. Januar 1988 weiter. Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft auf Einstellung aufgrund der eingetretenen Beweisnot war ebenso folgerichtig, wie peinlich. Der Gipfel dieser Peinlichkeit wäre allerdings mit der Rückgabe der beschlagnahmten Druckmaschinen erreicht worden – was allerdings unterblieb.⁴⁷

Umweltproblematik auf dem Schriftstellerkongress bezogen war. Er bekräftigte die Legalität aller Bemühungen um die Umwelt in der DDR, was auch die ARD korrekt verbreitet hätte. „Wenn Sie mir wieder einmal Auskunft zukommen lassen wollen, geben Sie die doch bitte zuerst an mich und danach von mir aus an, wie in diesem Falle, den Rundfunk. Ihr Brief, den Sie am 27.11. geschrieben und laut Poststempel am 30. aufgegeben haben, wurde am selben 30. über einen Westberliner ‚Privat‘-sender verlesen. Dass er, wie der Lieferstempel besagt, am 7.12. in der Geschäftsstelle des Berliner Bezirksverbandes ankam, ist ein Extra von besonderer Art.“ MDA, 1.1.16, Reg.-Nr. 884.

⁴³ Information über weitere Ereignisse seit dem 27.11.97, 21.30 Uhr, MDA, 1.1.16.

⁴⁴ Schnellinformation des BEK-Sekretariats vom 4.12.1987, MDA, 1.1.16., Reg.-Nr. 3745.

⁴⁵ Information vom 4.12.1987, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/41.

⁴⁶ Schlacht um Zion, Umweltblätter Dezember 1987, S. 2ff. Am 7.1.1988 wurden die Ermittlungsverfahren dann tatsächlich eingestellt, womit auch nominell die „Aktion Falle“ zum Fehlschlag geworden war.

⁴⁷ Dies erfolgte seitens der Staatsanwaltschaft erst 1990 – allerdings mit Ausnahme der von Wilhelm Knabe eingeschmuggelten Wachsmatrizenmaschine, Rüdtenklau 1992, S. 122.

Die aktive Mittlerrolle der KL, welche im Gegensatz zu den eigentlich Betroffenen allein die Möglichkeit zu Verhandlungen mit den Staatsorganen hatte, führte verschiedentlich zu dem Eindruck, die schließlich erfolgte Freilassung der Inhaftierten sei ihr Verdienst, wogegen die öffentliche grenzüberschreitende Aufmerksamkeit infolge der Basisgruppenproteste der ausschlaggebende Faktor gewesen sein dürfte. Nebenbei nutzte Stolpe mit seinem Gesprächs- und kirchlichem Integrationsangebot an die IFM sowie seiner Solidaritätserklärung gegenüber der Mahnwache am 29.11. die Situation dazu, das inzwischen ruinierte Verhältnis von Kirchenadministration und Basisgruppen wieder zu verbessern. Ganz entgegen den Zielplanungen der Sicherheitsorgane lag in der Kombination einsetzender beachtlicher republikweiter Solidaritätsaktionen mit ihrer neu entwickelten Protestform der „Mahnwache“ und dem letztlich diesen (auch internationalen) Protesten zuzuschreibenden Erfolg der Verteidigung des Teams der verhafteten UB-Drucker die eigentliche Bedeutung des Vorgangs.⁴⁸ Dies und nicht das zufälligen Pannen geschuldete Scheitern der MfS-Provokation stellte sich als politisch gewichtig heraus. Die Wirkung der in die Öffentlichkeit hinein ausstrahlenden Mahnwachen auf kirchlichem Gebiet, aber zum Teil unter freiem Himmel, flankiert von „Informationsgottesdiensten“ und „Mahnandachten“ in den Kirchen übertraf vermutlich auch die Erwartungen der Akteure und nicht nur die Befürchtungen der Sicherheitsorgane. Dabei waren die angewandten durchaus begrenzten Aktionsformen die damals einzige nachhaltige Möglichkeit des Protests in einem ansonsten von der Polizei kontrollierten öffentlichen Raum. Den Teilnehmern war durchaus klar, dass sich die MfS-Aktion im Kern gegen alle Basisgruppen und deren Publikationen, gegen jede Opposition schlechthin richtete. Auch durch die große Zahl der an diesen Protesten teilnehmenden Personen wurde damals zum ersten Mal ein Konflikt zwischen Staatsmacht und Basisgruppen direkt öffentlich skandalisiert, woraufhin tendenziell das bisher durchaus erfolgreiche staatliche „Containment“ der Basisgruppen in ihrem kirchliche Ghetto geschwächt wurde. Teilnehmer der Mahnwache erklärten, „die Ereignisse der letzten Tage zeigen uns, dass die von uns erhofften Lockerungen gesellschaftlichen Lebens nur scheinbar existieren, wenn sie nicht von Änderungen in der gesellschaftlichen Struktur begleitet sind“.⁴⁹

Unabhängig von den tatsächlichen Hintergründen und dem Ausmaß der Verselbständigung bzw. Ablösung operativer Zielplanungen in Teilen des Staatsicherheitsapparats vom partei- bzw. staatspolitischen Krisenmanagement ist interessant, wie damals in den Gruppen der Ausgang der „Zionsaffäre“ reflektiert wurde. Hier sei nur eine im Gegensatz zu vielen anderen allerdings dokumentierte Interpretation angeführt: So konnte, wer das wirtschaftliche Dilemma, in das die DDR hineinsteuerte, 1987 zu erkennen vermochte, das beabsichtigte harte Durchgreifen der Staatorgane nur als vorbeugende Einschüchterung oppositioneller oder widerständiger Strömungen angesichts heraufziehender sozialer Friktionen infolge einer absehbaren Verschärfung der Wirtschaftskrise deuten.⁵⁰ Eine angeschlossene, rein politische Interpretation sah in der Aktion des MfS ein „Gegensteuern“ angesichts der staatlich geduldeten Spielraum- und Legalitätserweiterung für unabhängige Gruppen seit dem Sommer 1987 und der Ausweitung oppositioneller Aktivitäten namentlich aufgrund des

⁴⁸ Die Dankadresse der UB an Gruppen außerhalb Berlins betraf Solidaritätsaktionen in Dresden, Erfurt, Bitterfeld, Leipzig, Wittenberg, Halle und Hoyerswerda. Ebenso dankte die UB vielen Kreisen in kleineren Orten, Regionalgruppen des AKSK und anderen kirchlichen Arbeitskreisen. Unter den Solidaritätserklärungen aus dem Ausland befanden sich solche der Charta 77, von polnischen Gruppen und eine Fülle von Unterstützungserklärungen Bundestagsabgeordneter namentlich der Grünen Partei. Ihre Solidarität erklärten die AL, die Berlin AG, die Berliner Autonomien sowie diverse ökologische Gruppierungen wie Robin Wood; ebenso westdeutsche Pfarrer und andere amtskirchliche Verantwortungsträger. Roland Jahn wurde wegen seiner Unterstützung von Westberlin aus zum Ehrenmitglied der UB erklärt. Umweltblätter Dezember 1987, S. 8f. Gerd Bastian und Petra Kelly schrieben am 25.11. an Honecker, die Pressemitteilung der Grünen im Bundestag und der Jungen Union Bonn zum Vorgang UB erfolgten ebenfalls am 25.11. Vom 26.11. datierten Solidaritätserklärungen des FK der Erlösergemeinde, der ESG Berlin, der Regionalgruppe Thüringen des AKSK und des Ökologischen Arbeitskreises der Dresdner Kirchenbezirke. Die AG Frieden der Dresdner Kirchenbezirke wandte sich am 26.11. an den Staatssekretär für Kirchenfragen und an Honecker. Am 27.11. protestierten Bürger aus Jena, Dresden und Leipzig. Die Solidaritätserklärung von 15 Vikaren des Predigerseminars Wittenberg war an das Präsidium der Synode des BEK in der DDR gerichtet. Die Theologische Studienabteilung beim BEK in der DDR/Abteilung Friedensfragen bat am 27.11. die KL der EKBB um Vermittlung. Am 28.11. wandten sich die Grünen Köln, AK Frieden, an den Generalstaatsanwalt der DDR, an Honecker, den Zentralrat der FDJ und die Ständige Vertretung der DDR in Bonn. Am 29.11. erklärte die Evangelische Gemeinde Uchtspringe der Zionsgemeinde ihre Solidarität. Rudi Pahnke und Martin Böttger richteten am 29.11. an den Staatsrat und den Friedensrat einen offenen Brief. Die Ausbildungsteilnehmer des Falk-Hauses in Eisenach forderten am 30.11. vom KKL-Vorsitzenden Werner Leich eine klare Positionierung. Die Evangelische Advent-Kirchengemeinde wies in ihrem Solidaritätsschreiben vom 3.12. an die Zionsgemeinde auf die wenige Tage zurückliegende Friedensdekade und das SED-SPD-Papier vom 27.8.1987 hin. In einem offenen Brief vom 4.12. forderten 20 Dresdner gegenüber dem SED-Politbüro einen gesellschaftlichen Dialog und die Legalisierung auch nichtkirchlicher Publikationen – insbesondere des Grenzfall – ein, MDA, 1.1.16.

⁴⁹ Grenzfall 11/12 1987, Reprint S. 141.

⁵⁰ Die ständig sinkenden Investitionsraten bis hin zu fehlenden Erhaltungs- und Reparaturinvestitionen, die unzureichende Innovationskraft, der daraus entspringende Modernisierungsnachhang in der Volkswirtschaft und die aus alledem folgende Überlastung des Staatshaushalts durch das Subventionsaufkommen und die sozialpolitischen Selbstverpflichtungen waren bei wirtschaftspolitisch interessierten Teilen der Opposition bekannt. Bericht des IMB „Gerhard Unger“ vom 8.1.1988 über ein Gespräch mit Thomas Klein, HA XX/2 am 11.1.1988, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 8, S. 342ff.

Erfolgs der KvU. Dieses „Gegensteuern“ erschien der Staatsmacht natürlich wegen der ersten Deutung umso dringlicher. Hinzu kamen die Frustrationen der Parteiführung infolge der ungeliebten Tendenzen in der SU mit Gorbatschow, auf den sich die Opposition so gern und wirkungsvoll berief und deren Hohn auf die „Linientreue“ der SED-Bürokraten angesichts deren Taktierens um Kredite und Wirtschaftshilfen beim „Klassenfeind“ BRD.⁵¹ Hinsichtlich der Folgen des Fehlschlags der Aktion „Falle“ verdient es, die staatliche „Propaganda“ für die UB im ND⁵² und deren (mit der Einstellung der Ermittlungsverfahren erfolgende) faktische Legalisierung sowie die unfreiwillige Popularisierung des „Grenzfall“ hervorgehoben zu werden. Hinzu trete die auch amtskirchliche Aufwertung der Basisgruppen durch Erklärungen der KL. Am wichtigsten jedoch sei neben dem Mahnwachen-Instrument die Erfahrung mit dem Mahnwachen-Büro als Koordinierungs-, Informationssammel- und -verbreitungszentrale. „Dieses Büro ... habe Funktionen übernommen, an die sie [die Opposition] vorher nicht zu denken gewagt hätte und es habe bereits einen umfangreichen Tätigkeitsbericht nicht in bezug auf die eigene Tätigkeit, sondern in bezug auf die Polizeiübergriffe und Eingriffe der Staatssicherheit im DDR-Maßstab hektographiert.“⁵³

.....

Die Umwelt-Bibliothek reagierte am 3.2.1988 in einer Erklärung mit Bedauern auf die Ausreise ihres Mitglieds Bert Schlegel, der während seiner Tätigkeit in der UB trotz seines Ausreiseantrags

„zu ahnen begann, dass auch in der DDR Engagement und aufrechter Gang möglich sind. ... Wir wünschen ihm, dass er seine Flucht irgendwann beenden kann und eine neue politische und geistige Heimat findet. Dem Ansehen der Umwelt-Bibliothek und des Friedens- und Umweltkreises der Zionsgemeinde hat Bert mit seiner Flucht auf jeden Fall geschadet. Wir haben den Anspruch, hier zu bleiben und in unserem Land gesellschaftliche und ökologische Voraussetzungen für eine menschlichere Art des Zusammenlebens zu schaffen. Scharf verurteilen wir die Flucht von Stephan Krawczyk und Freya Klier. Bei allem Verständnis für ihre persönliche Situation – sie hätten wissen müssen, dass sie als landesweit bekannte Künstler mit ihren Liedern und Stücken zum Symbol des Mutes zum Hierbleiben geworden sind, umso mehr, als sie in Haft waren. Tausende Menschen, die sich in den vergangenen Tagen mit zum Teil hohen persönlichen Opfern für ihre Freilassung eingesetzt haben, fühlen sich betrogen ... Der Friedens- und Umweltkreis der Zionskirchgemeinde hat beschlossen, in Zukunft keine Ausreisewilligen mehr in seine Reihen aufzunehmen.“⁵⁴

Inzwischen gingen die „Antragsteller“ in die Offensive: Sie belagerten die UB, versuchten am 2.2.1988, angefeuert durch die erfolgten Abschiebungen, die Solidaritätsandacht für die Inhaftierten in Friedrichsfelde aggressiv zur Propagierung von Aktionen zur Erzwingung ihrer Ausreise zu instrumentalisieren und waren unter den etwa 1 000 Besuchern einer geplanten Veranstaltung der UB zur Strafprozessordnung am 3.2.1988 eine erdrückende Mehrheit. Die Veranstaltung wurde kurzfristig abgesagt. Am 4.2.1988 waren die Mehrzahl der 2 500 Besucher Antragsteller, die ihr Anliegen lautstark zum Ausdruck brachten. Anschließend demonstrierten sie nach der Informationsandacht in der Gethsemanekirche vor einem angeblich finnischen Kamerateam mit einem Transparent für ihre Ausreise. Generalsuperintendent Krusche verfügte in der gleichen Andacht „in Verantwortung der Kirche für die Ausreiser“ und im Einverständnis mit Stolpe⁵⁵ die Freigabe der Kontakttelefonnummer für Antragsteller. Die Verbreitung dieser Botschaft über die Westmedien führte zur (sicher beabsichtigten) „Liquidierung“ der Koordinations- und Informationsfunktion des Kontaktbüros für die Solidaritätskampagne, woran die Rücknahme dieser Verfügung durch Krusche am 8.2.1988 auch nichts mehr änderte.

⁵¹ Ebenda.

⁵² „Wir sind ... einmütig der Meinung, dass dieser Staat und diese Behörden einmalig und völlig unersetzlich sind. Besonders gern denken wir in diesem Zusammenhang an die großartige weltweite Gratis-Reklame für die Umwelt-Bibliothek und rufen der DDR-Regierung zum neuen Jahr zu: ‚Macht weiter so, Jungs!‘“ Umweltblätter 20.1.1988, S. 7.

⁵³ Bericht des IMB „Gerhard Unger“ vom 8.1.1988 über ein Gespräch mit Thomas Klein, HA XX/2 am 11.1.1988, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 8, S. 346. Klein erwähnte dem IM gegenüber jedoch auch den einzigen seiner Meinung nach kontraproduktiven Effekt der begrüßenswerten gruppenübergreifenden Solidaritätsaktion: Die begonnene Auseinandersetzung in den Gruppen über politische Richtungs- und Grundsatzfragen musste suspendiert werden, was jenen zugute kam, die schon zuvor solche Auseinandersetzungen als störend ablehnten (vgl. dazu auch die Abschnitte 4.2.2 und 4.3.3), was aus seiner Sicht – in damaliger Überspitzung – namentlich bei der IFM einen „blinden prokapitalistischen Aktionismus“ begünstigte. Ebenda, S. 344.

⁵⁴ Erklärung der Umwelt-Bibliothek vom 3.2.1988, MDA, 7.2., Reg.Nr. 1136.

⁵⁵ So Aust 1998, S. 193.

Als Massen von Ausreiseantragstellern die Solidaritätsgottesdienste für die Inhaftierten des Januar zum Teil lautstark für die Verfolgung ihres Ausreiseinteresses missbrauchten, trennte sich die UB von der Staatsbürgerrechtsgruppe und versagte ihnen die weitere Nutzung ihre Räume. Der Widerspruch zwischen Gruppen, welche ihre oppositionelle Arbeit in den Dienst der Beseitigung gesellschaftlicher Ursachen auch für die Welle von Ausreisebegehren (also unter anderem ebenfalls für das Recht aller DDR-Bürger auf Reise- und Ausreisefreiheit) stellten, und jenen, welche in erster Linie ihre sofortige Ausreise durch entsprechende öffentliche Bekundungen im Aktionsraum der Opposition betrieben, wurde so offensichtlich wie nie zuvor. Obwohl so gut wie alle Gruppen in der DDR während ihrer Solidaritätsaktionen für die Verhafteten des Januar solche Erfahrungen gemacht zu haben scheinen, artikulierten besonders die Berliner UB, der Friedenskreis Friedrichsfelde, und die KvU öffentlich diesen Widerspruch.⁵⁶ Gleichzeitig zog auch der Staat Nutzen aus der tendenziellen Lähmung der Aktionsbereitschaft des Gruppenspektrums infolge der Ausnutzung deren Solidarstrukturen für die inhaftierten Oppositionellen durch die Ausreisewilligen im Dienste eigener Interessen. Die „Zange“ von Ausreiseraktivismus und erpresster Abschiebung der Oppositionellen aus dem Gefängnis ins Wunschland der Antragsteller begann zu greifen.

.....

Besonders drastisch brachte Wolfgang Rüdtenklaus in seinem Kommentar „Die Schlaraffenland-Bewegung“ vom Februar 1988 die Erbitterung von Basisgruppenaktivisten angesichts der Erfahrungen in den Krisenwochen des Januar und Februar mit den Ausreiseantragstellern zum Ausdruck: Die Entbehrungen der Bevölkerung in der DDR hinsichtlich des erreichten Lebensstandards und des Umfangs der Einschränkungen von Menschenrechten im Vergleich etwa mit den bekannten Hinterhofdiktaturen der USA würden eher den Impuls für eine Umgestaltung des Landes hin zu erträglicheren Verhältnissen als zum Verlassen des Landes verständlich erscheinen lassen. Doch wegen der dabei entstehenden Unannehmlichkeiten sei es offenbar für die meisten naheliegender, den Traum vom „Schlaraffenland Bundesrepublik“ zu träumen. In Verfolgung dieses Ziels allerdings hätten einige der Antragsteller ihren Mut wiederentdeckt: Nicht für die Handvoll selbstverwalteter Projekte in der DDR, von den einen beargwöhnt oder sogar gehasst, von den anderen überschätzt und überlastet, sondern für den Umzug von Deutschland nach Deutschland ins Land der „Wienerwald-Hähnchen und einer feenhaften Freiheit“. Da würden plötzlich Karriere, Besitz und manchmal Familienangehörige beiseite gestellt und sogar Gefängnisstrafen riskiert.

„Landesweit haben sich – mit wenigen Ausnahmen – die Basisgruppen entschieden, nur in Einzelfällen Solidarität mit Ausreisewilligen zu üben. Das geschah nach bitteren Erfahrungen mit der Solidarisierungsunfähigkeit und Egozentrik dieser Leute. Überall wurden unsere Gruppen nur benutzt, um das begrenzte Ziel der Ausreise zu erreichen. Falls es ins Konzept passte, verrieten uns die Ausreisewilligen mit Begeisterung an die Behörden. Im Westen angekommen, gaben sie sich vor der Presse als Menschenrechtler oder Mitglieder von Friedens- und Umweltgruppen aus ...“⁵⁷

.....

Wie in der UB war für die Punks, die Jugendlichen aus der OA und folglich auch in der KvU eine starke Affinität zu antiautoritär-basidemokratisch-anarchistischen Wert-, Lebens-, Kommunikations- und Arbeitsauffassungen vorhanden. KvU und UB gaben 1988 mehrere Samisdat-Hefte unter anderem mit Nachdrucken von Schriften anarchistischer „Klassiker“ (Mühsam, Kropotkin, Bakunin, Landauer) heraus. Gerade für Jugendliche war die radikal herrschaftsfeindliche, gegenkulturelle, von unten wachsende kommunitäre Alternative zum Kasernenhof-„Sozialismus“ und zu den spießig-autoritären Zumutungen im DDR-Alltag nicht nur eine befreiende Attitüde, sondern dies gewann lebensweltliche Gestalt in der Praxis dieser

⁵⁶ Neubert behauptet heute, diese drei Gruppen hätten damals fälschlich den Eindruck erweckt, mit ihren distanzierenden Einschätzungen für die gesamte Opposition gesprochen zu haben. Neubert 1997, S. 673. Tatsächlich war es so, dass gegen die betreffenden Veröffentlichungen dieser Gruppen in Berlin infolge der übereinstimmenden gemeinsamen Erfahrung aller Gruppen mit den Antragstellern kaum Widerspruch geltend gemacht wurde. Vgl. auch Abschnitt 4.25.5.

⁵⁷ Die Schlaraffenland-Bewegung, Umweltblätter 12. Februar, S. 7ff.

Gruppen. Die permanente Gefährdung der Akteure durch straf- und disziplinierungsbereite „Organe“ bedeutete den Abschied von gesellschaftlich hochgeschätzten „Sicherheiten“ und Lebensperspektiven, welche für die Mehrheit der Bevölkerung handlungsorientierend und alltagsbestimmend waren. Von solchen Werten hatten sich jedoch die Gruppenangehörigen aber bereits verabschiedet, was sie einerseits resistenter gegen die staatlichen Bedrohungen machte, sie aber andererseits auch von der „Mehrheitsbevölkerung“ entfremdete.

.....

4.26 Neue Entwicklungen in der Umweltarbeit seit 1988

Das DDR-weite Kontaktsystem und die Kommunikationsstrukturen der UB begünstigten den Ausbau weiterer Bibliotheksgruppen nach dem Berliner Vorbild. Bis 1989 etablierten sich stabile Verbindungen zu etwa 200 Gruppen in der Republik.⁵⁸ Inzwischen verfügte auch die UB vermöge einer Sachspende der Westberliner AL ab 1988 über einen grafikfähigen Computer, mit dessen Hilfe nun die Texte der „Umweltblätter“ und für Veröffentlichungen anderer Gruppen erstellt und Wachsmatrizen für die inzwischen ersetzten, vom MfS im November 1987 beschlagnahmten Druckmaschinen⁵⁹ mittels Nadeldrucker beschriftet wurden. Eine 1988 aufgebaute Westberliner Unterstützerguppe sammelte Geld vor allem für die schwer beschaffbare Druckerschwärze. Die Treffen mit deren Vertretern fanden in der ČSSR statt.

Die Ereignisse des November 1987 hatten inzwischen dazu geführt, dass der GKR die Aktivitäten der UB künftig nicht mehr unbesehen verantworten wollte. Auf Empfehlung der KL wurde der UB entgegen ihrem basisdemokratischen Arbeitsverständnis eine Sprechervertretung gegenüber dem GKR aufgenötigt, deren Vollzug gleichzeitig Bedingung für die Nutzung der gemeindeeigenen neuen Abzugsmaschine durch die UB war. Der am 23.6.1988 verabschiedeten „Arbeitsregel“ gemäß war die Gruppe verpflichtet, den vetoberechtigten GKR von allen den kirchlichen Rahmen überschreitenden Vorhaben vorab zu informieren.⁶⁰

In den traditionellen Arbeitsfeldern der Ökologiebewegung gab es inzwischen eine DDR-weite Kommunikationsstruktur, die (nicht zuletzt mit der Existenz der Berliner UB als Informationsknoten) nun eine begrenzte Verlaufserfassung der sich immer mehr verschlechternden Umweltsituation in der DDR gestattete. Zur ansteigenden Gewässerverschmutzung durch Industrieeinleitungen bei hohem Wassernutzungsgrad und der starken Belastung durch die Landwirtschaft (Gülle und Dünger steigerten die Nitratbelastung) kam die teilweise kriminelle Entsorgung hoch giftiger Stoffe hinzu. Abwasserbehandlung und umweltgerechte Entsorgung von Altölen und chemischen Abfallprodukten waren aufwändig und teuer; jedenfalls kostspieliger als die eventuell zu erwartenden Strafen. Zum Teil fehlten auch die technischen Voraussetzungen für umweltgerechtes Wirtschaften. Man sah staatlicherseits gern über solche Praktiken hinweg und verfolgte auf dem „Rechtsweg“ jene, die derartige Verstöße nachwiesen oder öffentlich zu machen versuchten.⁶¹ Die enorme Luftbelastung durch Schadstoffemission (in der DDR als „Industrienebel“ bezeichnet) und deren Verleugnung wurde gerade im Raum Berlin augenfällig, wo im Westteil Smogalarm ausgerufen wurde und im Ostteil alles weiterging, als ob nichts wäre. SO₂-Belastungswerte wurden nicht veröffentlicht, jedoch konnten am Massensterben der Bäume die

⁵⁸ Rüdickenklau 1992, S. 180.

⁵⁹ Eine der beiden nun mit Motor ausgestatteten seit 1988 genutzten Maschinen war eine Leihgabe der Kirchenleitung gemäß ihrer Zusicherung, die Arbeitsfähigkeit der UB wieder herzustellen; die andere, von Roland Jahn beschaffte, wurde über die Grenze geschmuggelt.

⁶⁰ Aust 1998, S. 255.

⁶¹ Vgl. dazu Rüdickenklau 1992, S. 125. Ein entlarvend Beispiel dafür, dass bei auftretenden Umweltgefährdungen eher die Furcht vor deren Bekanntwerden als die Bedrohung der Bevölkerung für Unruhe sorgte, stellt eine Information Hauptabteilung XVIII über eine Verletzung der Anordnung über den Geheimnisschutz aus dem Jahre 1989 klar: Eine Umweltgefährdungsanalyse des Bezirkes Cottbus zu festgestellten industriellen Schadstoffemissionen, ursächlich entstanden durch TGL-widrige Anlagen, undichte Becken ect., diagnostizierte die Gefahr von Grundwasserverseuchungen und weiteren Folgeschäden bei Gefährdung von ca. 20 000 Einwohnern. „Durch die HA XVIII/6 eingeleitete spezifische operative Maßnahmen in mehreren Postämtern der Hauptstadt Berlin führten zu dem Ergebnis, dass die Gefährdungsanalyse des Bezirkes Cottbus beim Paketpostamt Berlin-Mitte, Tucholskystraße, als Wirtschaftspaket aufgefunden und sichergestellt werden konnte ... Durch fachlich kompetente Quellen wurde eingeschätzt, dass insbesondere die angeführten Ursachen der Schadstoffemissionen ... durch gegnerische Kräfte bei Bekanntwerden missbraucht werden könnten. Nach Auffassung dieser Quellen sind sie geeignet, die Umweltpolitik der Partei- und Staatsführung durch Eingaben innerer oppositioneller negativ feindlicher Kräfte bzw. durch westliche Massenmedien zu diskreditieren.“ Information der HA XVIII vom 13.3.1989 über die Verletzung der Anordnung über den Geheimnisschutz vom 22.12.1987 über die Anordnung über Dienstsachen vom 3.2.1988, MfS, HA XVIII, Arch.-Nr. 133, S. 69ff.

Folgen besichtigt werden. Die Müllproblematik war gerade in Berlin von besonderem Gewicht. So fand das 5. Berliner Ökoseminar, ausgerichtet von der UB am 21.–23.10.1988, zum Thema „Die Zivilisation, der Müll und unsere Zukunft“ statt.⁶² In Schöneiche wurde auf Kosten des Westberliner CDU-Senats eine Verbrennungsanlage errichtet, in der gegen Devisen Westberliner Sondermüll entsorgt werden sollte.⁶³ Die Umweltblätter berichteten, Mitarbeiter der UB dokumentierten 1987 mittels einer von Roland Jahn beschafften Videokamera die Bauarbeiten sowie einiges über die Anlage der überfüllten Mülldeponie Vorketzin und die ARD strahlte den Film aus.⁶⁴ Das für den Westen profitable Geschäft einer ökologisch bedenklichen Entsorgung westdeutschen Giftmülls auf riskanten Deponien der devisenhungrigen DDR konstituierte eine Ost-West-Interessenkoalition, der lediglich ein ebenfalls grenzüberschreitendes Bündnis der Umweltschützer chancenlos gegenüberstand. Am 12.1.1988 schrieb die UB einen offenen Brief an den Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz in Berlin-West. Unter Bezugnahme auf die Fernsehsendung „Kontraste“ vom 12. Januar 1988 über Zusammenhänge der Sondermüll-Entsorgung in West-Berlin äußerte die UB die Vermutung,

„dass eine solche Sondermüll-Verbrennungsanlage in West-Berlin offenbar nicht zu errichten ist. ... Wenn Sie aber der DDR Ihren Müll verkaufen, liefern Sie doch bitteschön die erforderliche Umwelttechnik mit und verlangen Sie den Nachweis der ordnungsgemäßen Entsorgung. Wir als Umweltschutzgruppe haben ausreichend Erfahrungen, wie fahrlässig staatliche Stellen in der DDR die Müll-Problematik angehen. Nicht nur, dass wir konstatieren, dass der West-Berliner Senat offenbar damit nicht anders umgeht, müssen Sie unseren negativen Erfahrungen in der DDR nicht noch weitere hinzufügen. ... behalten Sie Ihren Müll, solange ... eine öffentliche Kontrolle (auch in der DDR) über eine ordnungsgemäße Entsorgung nicht gewährleistet ist. Sollten unsere Forderungen im Interesse des Umweltschutzes nicht erfüllt werden, sehen wir uns gezwungen, rechtliche Schritte einzuleiten.“⁶⁵

Selbstverständlich nahm die Verbrennungsanlage planmäßig ihren Probebetrieb auf und die UB protestierte am 1.11.1988 gemeinsam mit Robin Wood in einer Presseerklärung: „Die Wurzel dieses Übels – wie auch des Krieges und der Verletzung der Menschenrechte – ist unserer Meinung nach die unangefochtene Macht weniger Bürokraten, Industrieller und Bankiers deren Interessen gegen die Achtung und die Freiheit der eigenen Bevölkerung und der anderer Länder stehen.“⁶⁶ Am 11.11.1988 fand ein Protestmarsch gegen die Sondermüllanlage Schöneiche statt. Robin Wood blockierte den Grenzübergang der Westberliner Mülltransporter, UB-Leute fuhren mit dem Fahrrad nach Schöneiche und andere wanderten von Mittenwalde aus zur Verbrennungsanlage. Die Polizei griff auf beiden Seiten der Grenze ein. Auf der Ostseite erfolgten Zuführungen und Ordnungsstrafen von 300–500 Mark, auf der Westseite wurden 600 DM für angemessen gehalten.

Die vom MfS als Hauptorganisatoren in der UB rubrizierten Wolfgang Rüdtenklau, Siegbert Schefke, Christian Halbrock und Joachim Morgenstern sowie die als besonders aktive Mitglieder erkannten Till Böttcher und Andreas Kalk⁶⁷ sahen sich im Januar 1988 mit der Wiederkehr des im Herbst 1987 auf dem 4. Berliner Ökologie-Seminar durchgefallenen Vorschlags der Gründung eines ökologischen Netzwerks in der DDR gegenüber. Dieses Netzwerk wurde nun im Alleingang von fünf Mitgliedern der UB, forciert besonders von Carlo Jordan, im Januar 1988⁶⁸ unter dem Namen „Arche – grün-ökologisches Netzwerk in der Evangelischen

⁶² MDA, 7.9.6.

⁶³ Am 27.9.1987 berichteten zwei Mitglieder der AL, die zuvor zusammen mit Angehörigen der UB den Bauplatz der Verbrennungsanlage Schöneiche aufsuchten und Videoaufnahmen machten, in einer Veranstaltung der UB über Einzelheiten jenes Müllgeschäfts und des nicht den Westberliner Umweltstandards entsprechenden künftigen Anlagenbetriebs in Schöneiche. Information zum Auftreten von Mitgliedern der AL Berlin (West) in der „UB“ vom 13.10.1987, Abteilung XX/4, IMB „Max“, Reg.-Nr. XV/1315/79, Band 3, S. 340.

⁶⁴ Rüdtenklau 1992, S. 128, S. 198. „Die ‚Umweltbibliothek‘ ist maßgeblich an den politischen Provokationen um die Mülldeponie Schöneiche beteiligt (Vorhaben in Westberlin, einen Prozess gegen ‚Giftmüll‘-Lieferungen in die DDR zu führen, Absichten der Entnahme von Proben aus Mülldeponien, evtl. auch öffentlichkeitswirksame Aktionen, Veröffentlichungen in den ‚Umweltblättern‘ u.a.).“ Sicherungssachstand zu den einzelnen Gruppierungen der politischen Untergrundtätigkeit, o. D., o. V; vermutlich April 1988, verfasst offenbar in Vorbereitung auf den 1. Mai 1988, MfS, HA IX, ZA, Arch.-Nr. 8947, S. 123f.

⁶⁵ MDA, 1.1.16., Reg.-Nr. 988.

⁶⁶ Presseerklärung der UB und von Robin Wood am 1.11.1988 zum Beginn des Probebetriebs der Sondermüllverbrennungsanlage Schöneiche, MDA, 1.1.16., Reg.-Nr. 989. Dem Protest schlossen sich Mitglieder des FKFF und der IFM sowie von Punk Alösa an.

⁶⁷ Sicherungssachstand zu den einzelnen Gruppierungen der politischen Untergrundtätigkeit, o. D., o. V; vermutlich April 1988, verfasst offenbar in Vorbereitung auf den 1. Mai 1988, MfS, HA IX, ZA, Arch.-Nr. 8947, S. 123f. Seit März 1987 führte die KD Prenzlauer Berg des MfS den Mitgliederstamm der UB im OV „Bibliothek“, welcher ab April 1988 von der Abteilung XX/4 der BV Berlin übernommen und durch separate OV zu den „Führungspersonen“ erweitert wurde.

⁶⁸ Das MfS datierte das Gründungsdatum auf den 6.2.1988. Sicherungssachstand zu den einzelnen Gruppierungen der politischen Untergrundtätigkeit, o. D., o. V; vermutlich April 1988, verfasst offenbar in Vorbereitung auf den 1. Mai 1988, MfS, HA IX, ZA, Arch.-Nr. 8947, S. 123f.

Kirche“ (Grünes Netzwerk Arche) gegründet.⁶⁹ Weil die Mehrheit der UB-Mitglieder den Stand der inhaltlichen Arbeit von ökologischen Basisgruppen vor Ort für noch unzureichend hielt und deren Vernetzung nur als einen Prozess von unten, betrieben von den Basisgruppen selbst und zu einem durch das Niveau der Arbeit bestimmten Zeitpunkt akzeptieren konnte, sah sich die „Arche“-Gründungsgruppe wegen ihrer Ignorierung des Gruppenvotums vom Herbst 1987 umgehend als profilierungssüchtige Funktionärsclique verdächtigt, die „von oben“ die Basisgruppenarbeit instrumentalisieren wolle. Hinzu käme, dass eine weitergetriebene sektiererische Separatvernetzung der Umweltarbeit die sich endlich durchsetzende Erkenntnis dieser Basisgruppen, ihre Arbeit im Kontext der allen Friedens-, Umwelt-, Dritte-Welt- und Frauengruppen sowie den Gruppen der Offenen Arbeit gemeinsamen emanzipatorischen Zielen organisieren zu müssen, konterkarieren.⁷⁰ Vermutlich ging es den Arche-Akteuren um die Professionalisierung der Ökologie-Arbeit, auf die sie sich nun konzentrieren wollten.⁷¹ Andererseits kamen aus dem Kreis der Arche-Aktivistinnen auch Impulse, mit einer „Grünen Liste“ zu den Kommunalwahlen am 7.5.1989 anzutreten und sie waren maßgeblich an der im Oktober 1989 vollzogenen Gründung der „Grünen Partei“ der DDR beteiligt.

Der Streit eskalierte und es folgten seitens der UB Mutmaßungen über einen von den Arche-Aktivistinnen beabsichtigten Aufbau eines parteiähnlichen Gebildes im Widerspruch zu den basisdemokratischen Prinzipien der UB. Der Durchsetzung einer organisatorischen Trennung von Arche und UB (die Arche etablierte sich dann in der Andreas-Marcus-Gemeinde) folgte am 2. Mai 1988 ein Unvereinbarkeitsbeschluss, auf den hin die Arche-Mitglieder die UB verließen. Doch das „grün-ökologische Netzwerk Arche“ funktionierte, hatte Resonanz in vielen Ökokreisen der Republik und seit April 1988 erschienen Arche-Infos sowie die Halbjahreszeitschrift „Arche Nova“. Organisatorisch arbeitete das Netzwerk nach dem Vertretungsprinzip der Netzwerkgruppen auf der Grundlage verbindlichen Mitgliedschaftsnachweises. Bald schon erfolgten gemeinsame grenzüberschreitende Aktivitäten, so in Form einer gemeinsamen Presseerklärung der Arche und des Energiepolitischen Ratschlag (ein Netzwerk von Umweltgruppen in Berlin-West) anlässlich des einjährigen Bestehens des Umweltabkommens, vereinbart zwischen den Regierungen der DDR und der BRD.⁷² Die sofort einsetzenden staatlichen Behinderungen der Arche-Kooperationsanstrengungen mit osteuropäischen Ökoaktivisten zeitigten am 10.12.1988, dem 40. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, den Protest von Arche-Mitarbeitern wegen der Ausreiseperrn im September und November in die ČSSR und im Dezember 1988 nach Ungarn: Bestanden werden müsse auf der Reisefreiheit als „DDR-Bürgerrecht“ anlässlich dieses Landesarrest für „DDR-Grüne“.⁷³

Anders als die meisten Berliner Gruppen unterstützte die Arche Antragstellergruppen und arbeitete teilweise mit ihnen zusammen.⁷⁴

Seit 1988 knüpfte die UB Kontakte zu neuen Unterstützern im Westen. „Diese Unterstützerguppe war identisch mit der ... Ost-West-Müllgruppe. Kurier der Umwelt-Bibliothek wurde, neben den Grünen, der EPD-Korrespondent Röder und der Graswurzler Andreas Hauschild. Für das Netzwerk Arche bildeten ausgereiste DDR-Bürger wie Ulrich Neumann ebenfalls eine eigene Unterstützerguppe. Infolge dieser Ost-West-Zusammenarbeit entstanden so öffentlichkeitswirksame Projekte wie der Film ‚Bitteres aus Bitterfeld‘.“⁷⁵

Auch im staatlichen Bereich etablierten sich seit 1987 aus eigener Initiative „von unten“ Umweltschutzgruppen, insbesondere die 1988 sehr erfolgreich wirkenden „Stadtökologiegruppen“ (vgl. Abschnitt 4.41). Deren Entstehung und ihr weitgehend unbehelligtes Wirken profitierte auch von der langsam erfolgenden staatsoffiziellen Öffnung wenigstens hinsichtlich der Anerkennung der Ökologieproblematik. Selbst im MfS verbreitete man noch im Juli 1989 über die Parteiorganisationen des Ministeriums ein Argumentationsmaterial zur Umweltpolitik, welches in dem Satz gipfelte: „Es wäre unrealistisch und sogar schädlich, Umweltprobleme

⁶⁹ Rüdtenklau 1992, S. 178. Gemäß Neubert erfolgte die Gründung während eines Berliner Zusammentreffens von 30 Umweltgruppen-Vertretern außerhalb der UB vom 8.-10.1.1988. Neubert 1997, S. 749.

⁷⁰ Vgl. Umweltblätter Juni 1988, S. 39.

⁷¹ In der vorläufigen Grundsatzerklärung der „Arche“ hieß es: „Arche stellt keine zentralistische Struktur dar, möchte keine Gruppe bevormunden oder unterordnen. Es geht vor allem um die thematische und wissenschaftliche Unterstützung von fachlicher und methodischer Bildungsarbeit für Gruppen und Gemeinden.“ Zit. nach Neubert 1997, S. 749.

⁷² In der dabei vorgestellten gemeinsamen Anfrage an den Magistrat von Berlin, Hauptstadt der DDR und den Senat von Berlin-West hieß es, „anstatt zu streiten, wie jüngst Umweltminister Töpfer, und Reichelt, ob die inzwischen fast tote Elbe links oder rechts von der Grenze fließt, sollte die Entgiftung der Elbe gemeinsame Aufgabe werden.“ Vorgeschlagen wurden außerdem ein gemeinsames Programm und wechselseitige Unterstützung zur gründlichen Sanierung des Teltowkanals, die Einrichtung eines gemeinsamen Messnetzes zur Luftgüteüberwachung, und Auflagen für die Betriebsaufnahme der Sondermüllverbrennungsanlage Schöneiche. Gemeinsame Presseerklärung von Arche und Energiepolitischem Ratschlag vom 1.9.1988, MDA, 2.04.1., Reg.-Nr. 2645.

⁷³ Erklärung von Carlo Jordan, Mario Hamel und Edgar Wallisch vom 10.12.1988 zum 40. Jahrestag der Verkündung der Menschenrechte, MDA, 2.04.1., Reg.-Nr. 2649.

⁷⁴ So die Projektgruppen „Sozial-ökologische Partnerschaft“ und „Ökologie und Menschenrechte“. Neubert 1997, S. 750.

⁷⁵ Wolfgang Rüdtenklau, Die westdeutsche Linke und die DDR-Opposition, telegraph 4/1994.

in der DDR und anderen sozialistischen Staaten zu leugnen.“ Es wurde hier die zunehmende Umweltbelastung seit Anfang der 70er Jahre in der DDR eingeräumt und zu den negativen Auswirkungen extensiven Wirtschaftswachstums gezählt. Konkret war im Zusammenhang mit den Ursachen von der Nutzung der Braunkohle als Energieträger (310 Mio. t/Jahr) und ihrem hohen Schwefelanteil die Rede. Nun ginge es um die Senkung der Luftbelastung (Schwefel, Stickoxyde, Fluorchlorkohlenwasserstoffe und andere Kohlenstoffe) auch zum Schutz der Wälder.⁷⁶

⁷⁶ Argumentationsmaterial zur Umweltpolitik der SED als fester Bestandteil der ökonomischen Strategie des XI. Parteitages, GO XVIII am 11.7.1989, MfS, ZOS, Arch.-Nr. 458. Kurios war wiederum, dass man sich plötzlich in dieser Argumentation auf die von Marx im „Kapital“ formulierte Forderung besann, „alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde“, sondern „nur ihre Besitzer; ihre Nutznießer haben sie als boni patres familias (gute Familienväter) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen“. Dies sei nun zum kategorischen ökologischen Imperativ für alle auf unserer Erde existierenden „gleichzeitigen Gesellschaften“ zu machen. Ebenda.